

Wolfgang Abendroth – Leben und Werk 1906 - 1948

Andreas Diers, Staat – Demokratie – Arbeiterbewegung. Leben und Werk von Wolfgang Abendroth 1906 – 1948, VSA, Hamburg 2006, 600 S., 39,80 €

Vor hundert Jahren wurde Wolfgang Abendroth geboren – der Geburtstag dieses politischen Intellektuellen in der Arbeiterbewegung und in den Bewegungen des zwanzigsten Jahrhunderts wird dieses Jahr vielfach gebührend in politischen Veranstaltungen begangen. Zudem erscheint erstmals eine Werkausgabe seiner Schriften, so dass – das steht zu hoffen –, das Werk, die intellektuelle Person Abendroths und die Haltung des mutigen wie integren Intellektuellen auch weiterhin und stärker in einer kritischen Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Dazu kann die umfangreiche Studie des Bremer Juristen Andreas Diers sicherlich beitragen. Nach langjährigen Recherchen und Quellenstudien legt er nunmehr eine ausgesprochen gründliche Studie über Leben und Werk Abendroths vor, die wohlgemerkt keine politische Biographie ist und sich auf das Leben und Wirken Abendroths in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts von der Kindheit bis zu den Jahren nach dem Faschismus erstreckt.

Auch für den Teil der Leserschaft, der das Leben und Wirken Abendroths kennt – sei es z.B. aus dem Gesprächsband „Ein Leben in der Arbeiterbewegung“ oder aus persönlicher Kenntnis Abendroths als Lehrer und politischer Intellektueller –, bietet die Studie einen historisch ausführlich

und gründlich erläuterten, umsichtigen Einblick in dessen Leben und Werk unter Einbezug vielerlei bisher nicht dokumentierter Quellen und Dokumente.

Nach einem politisch durchaus kritisch diskutablen politischen Aufriss über die Aktualität Abendroths in der Gegenwart und historisch-methodischen Erläuterungen des Autors wird umfangreich und detailliert das familiäre Umfeld Abendroths dargestellt – ein Abschnitt, der mit seinem biographisch-politischen Einblick in die Arbeiterbewegung des Kaiserreichs und die Tradierung von kritischen Denk- und Lebensweisen durch Großeltern und Eltern fesselnd zu lesen ist. Auch die Abschnitte über die Schulzeit Abendroths und die politischen Gründe für seinen Eintritt in den Kommunistischen Schülerverband lesen sich ausgesprochen gut und vermitteln einen lebendigen historischen Einblick in die Verknüpfung von politischen Kämpfen und individuellem politischen Handeln der darin lebensgeschichtlich verknüpften Individuen.

Eine gewisse Problematik der Darstellungsweise ergibt sich aus dem Unterfangen selbst, die politischen Ereignisse und Kämpfe nicht nur in ihrer Bedeutung für das handelnde und analysierende Individuum darzustellen, sondern sie auch möglichst gründlich historisch zu erläutern und mit Literatur und Quellenbelegen abzusichern. Hieraus resultieren immer wieder die biographische Darstellung unterbrechende Längen, die angesichts der dann wieder einsetzenden Darstellungsstränge über Wolfgang Abendroth auch in ihren teilweise erheblichen Sprüngen beim Lesen zu verschmerzen sind.

Der Leser wird über die Schul- und Studienzeit Abendroths in Kaiserreich und Weimarer Republik ausführlich aufgeklärt, die gewaltigen politischen Ereignisse wie die Oktoberrevolution, die Novemberrevolution, die Rätebewegung und die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in ihrer politischen Prägung für den jungen Wolfgang Abendroth finden lebendige Schilderung. Der Autor hat auch einen Blick für die Prägung der individuellen Persönlichkeit Abendroths, wenn er sehr genau die frühen, zeitweilig isolierenden politischen Kämpfe im jeweiligen Wirkkreis Abendroths nachzeichnet und die politisch-theoretischen Aneignungsprozesse des jungen Intellektuellen darstellt.

Sehr detailliert fallen die Abschnitte über den Kommunistischen Jugendverband und den Weltkongress der Jugend aus. Hier wird vom Verfasser anschaulich ein früher strategischer Blick und Impetus' Abendroths für eine Politik der vereinigten Arbeiterbewegung herausgearbeitet und en passant die Bedeutung August Thalheimers, Heinrich Brandlers und Paul Fröhlichs für den erste Manuskripte und Artikel anfertigenen Abendroth herausgestellt.

Dem Jura-Studium und der ununterbrochenen politischen Aktivität Wolfgang Abendroths in der Freien Vereinigung Sozialistischer Studenten und u.a. der Roten Hilfe ist ein weiterer, langer Abschnitt des Buches gewidmet: Diers stellt sehr quellengenau diese Phase bis hin zum studentischen Widerstand gegen den Faschismus dar, wobei er die bis auf wenige Ausnahmen reaktionäre Universitätslandschaft dem Leser histo-

risch adäquat vor Augen führt und u.a. auch auf solch handfest-materielle – durchaus wieder aktuelle – Probleme wie die Belastung hoher Studiengebühren für ärmere Studierende wie Abendroth hinweist.

Einheitsfrontpolitik in Frankfurt und Hechingen, Ausschluss aus der KPD und Eintritt in die KPO sind die folgenden großen lebensgeschichtlich-politischen Stationen Abendroths, ein Abschnitt über den Rechtsreferendar, dem von einem ihm gegnerisch gesonnenen Gutachter eine „unbelehrbare kommunistische Gesinnung“ attestiert wird, schließt sich an.

Recht kurz – und der Anlage einer Studie wohl angemessen – wird Wolfgang Abendroth privat in seinen Eigenschaften eines mutigen, toleranten und ausgesprochen menschlichen Menschen geschildert. Hier greift der Autor, wie in anderen Abschnitten auch, sehr umsichtig lediglich auf die spärlich kommentierte dokumentarische Darstellung schriftlicher Aufzeichnungen und Briefe zurück. Ebenfalls umfangreich wird Abendroths schriftliche Produktion dargestellt und teilweise sehr detailliert dokumentiert. Die Kapitel über die KPO und die Gruppe „Neu Beginnen“ lesen sich in ihrer Verknüpfung von politischen Zeitläuften und Kämpfen mit der Person Abendroths als handelndem Individuum ausgesprochen spannend und erhellen manch bisher lückenhaft wahrgenommene Periode des politischen Intellektuellen.

Mit Spannung liest man die Abschnitte über die Zeit des Faschismus, über Abendroths politische Arbeit im Widerstand, über seine Ver-

haftung, den Prozess gegen ihn und die Zeit unter Folter und Misshandlung in Untersuchungshaft und Zuchthaus. Dem Verfasser gelingt es über weite Strecken dieser Abschnitte, das politisch-historische Moment und die menschenverachtenden Umstände für die persönlichen Existenzbedingungen angemessen zu schildern und z.B. die Zuchthauszeit auch abschnitthaft weitgehend unkommentiert anhand der Gefängnisbriefe Abendroths zu dokumentieren..

Nach der Entlassung aus dem Zuchthaus lebte Abendroth wenige Monate in Berlin und lernte seine spätere Frau Lisa Abendroth kennen – bevor er ab Mai 1944 in das berüchtigte Strafbataillon 999 eingezogen und über Mazedonien nach Griechenland verbracht wurde. Dieser Zeit, in der Abendroth schließlich zu den griechischen Partisanen überlief und als Partisan von den Briten gefangen genommen wurde, ist ein weiterer, äußerst lesenswerter Abschnitt gewidmet, der manch bisher nicht bekanntes Detail der Biographie dokumentiert.

Abschließend erläutert Diers die kurze Zeit nach der Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft und Reeducation in London in der damaligen Sowjetischen Zone bis hin zu Abendroths Eintritt in die SPD – in der Hoffnung auf eine gemeinsame Arbeiterpartei aus SPD und KPD. Die Zeit der Flucht in die amerikanische Besatzungszone, die Umstände und die Motive Abendroths dafür werden vorwiegend anhand der persönlichen Auskünfte von Wolfgang und Lisa Abendroth verdeutlicht und dargestellt.

Ein ausgesprochen umfangreicher

Apparat und Quellennachweis von über 100 Seiten schließt die Arbeit ab, die als sehr nützliche Studie zu Leben und Werk Abendroths nur empfohlen werden kann.

Wolfram Burkhardt

Zahnlose Kapitalismusanalyse

Ansgar Knolle-Grothusen, Peter Hartmann, Umriss einer ökonomischen Analyse des Kapitalismus heute, Topos Sonderheft 1, Berlin/Neapel, 2005, 147 S., 8,50 EUR

Die von Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo in Verbindung mit dem Istituto Italiano per gli Studi Filosofici herausgegebene Zeitschrift „Topos“ hat sich mit dem vorliegenden Sonderheft keinen guten Dienst erwiesen. Denn es handelt sich nicht um eine Analyse des heutigen Kapitalismus, wie im Titel behauptet, sondern um eine mit Marx- und Lenin-Zitaten gespickte, mehr oder weniger gelungene Darstellung der Marxschen Kapitalismusanalyse. Das aber hat man anderswo schon besser gelesen. Irgendeinen neuen, originellen Gedanken sucht man vergebens. Trotz (oder wegen) der vielen Marxzitate trägt der Beitrag letzten Endes nichts dazu bei, die Tauglichkeit des Marxismus bei der Analyse der Wirklichkeit zu belegen. Der analytische Anspruch, nämlich die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit des heutigen Kapitalismus, wird nicht eingelöst. Um mit Franz Mehring zu sprechen: „... das Schwören auf die Worte des Meisters ist nur das traurige Schicksal jeder Schule, die eine endgültige Wahrheit letzter

Instanz kennt. Irgendeine Wahrheit dieser Art kennt der Marxismus nicht. Er ist kein unfehlbares Dogma, sondern eine wissenschaftliche Methode.“ (Geschichte der Sozialdemokratie, Gesammelte Schriften Bd. 2, Berlin 1960, S.700) Indem Mehring den Marxismus auf den proletarischen Klassenkampf bezieht, wendet er sich nicht gegen die Gültigkeit der von Marx aufgedeckten Grundtatsachen des Kapitalismus, sondern gegen unhistorische Auffassungen, die den Marxismus als abgeschlossenes Wissensgebäude behandeln.

Dabei macht das Editorial des Heftes durchaus neugierig: Es fragt, ob die Globalisierung es rechtfertige, von einer „neuen Form der kapitalistischen Gesellschaft“ zu sprechen. Es geht also um die Form, nicht um die Grundmerkmale des Kapitalismus.

Leider befassen sich die Autoren mit dieser Frage nur ganz am Rande. Von Globalisierung ist kaum die Rede; auch andere Erscheinungen des zeitgenössischen Kapitalismus wie die Rolle des Finanzkapitals werden nur gestreift – rasch findet sich ein Klassikerzitat, welches ‚beweist‘, dass dies überhaupt nichts an den Grundlagen des Kapitalismus ändere – was aber laut Editorial nicht zur Debatte steht. Die Art, wie sich die Autoren mit den aktuellen Erscheinungsformen des Kapitalismus auseinandersetzen (bzw. diese ignorieren), sei hier an einem Beispiel erläutert. Auf Seite 75 wird die hochaktuelle Frage gestellt: „Löst sich mit der internationalen Kapitalverflechtung das Kapital von seiner nationalen Basis?“ Diese Frage wird mit nein beantwortet, und zwar „weil die Zuordnung sämtlichen produzierten

Mehrwerts als angeeignet letztlich von einer bestimmten Person, die einer bestimmten Nation zugeordnet ist, (ist) für die Funktionsweise des Weltmarktes und des Weltgeldes unverzichtbar (ist).“ Nun ist zwar unbestreitbar, dass die individuellen Kapitaleigner eine Nationalität haben – inwiefern das die Bewegungen der Kapitale berührt, ob mit der zunehmenden transnationalen Eigentumsstruktur ein neues Moment in die Beziehung zwischen Einzelkapitalen und Nationalstaaten hineinkommt: Fehlanzeige. Was bedeutet es, wenn die Deutsche Bank mehrheitlich ausländische Kapitaleigner hat, wenn – wie schon diskutiert – ein Amerikaner oder Brite Vorstandsvorsitzender würde: Alles das scheint die Autoren nicht zu interessieren. Auch die politisch hochaktuelle Frage nach der Rolle der Nationalstaaten im globalisierten kapitalistischen Reproduktionsprozess wird ähnlich apodiktisch abgehandelt: „Ähnlich wie das Kapital nur geteilt in Kapitale existieren kann, so kann der kapitalistische Weltmarkt nur existieren geteilt in Staaten.“ (76) Dass Nationalstaaten weiter existieren, besagt nur leider absolut nichts über die Gültigkeit der leninschen Imperialismustheorie, deren Diskussion im Editorial in Aussicht gestellt wurde. Obwohl eingangs betont wird, dass die Nationen historisch entstandene Gebilde seien, die der Kapitalismus vorgefunden habe, werden sie nun analog zur Existenzweise des Kapitals als Einzelkapitale behandelt. Nationen würden sich „zusammenschließen oder teilen“ (wie Einzelkapitale), wobei (immerhin) „die Attraktion das überwiegende Moment darstellt.“ (76) Einige Aufmerksamkeit widmen die

Autoren dem „Quacksalber“ Keynes, der für die Stabilisierung des Kapitalismus verantwortlich gemacht wird. Angeblich würde mit einem Bezug auf Keynes (und damit auf das Kaufkraftargument) in sozialen Konflikten notwendig Interessenharmonie vorge-täuscht – was nur beweist, dass die Autoren Keynes nicht kennen. Dieser war der Ansicht, dass die Umsetzung seiner wirtschaftspolitischen Empfehlungen das „Verschwinden der Rentnerseite des Kapitalismus“ und eine größere Gleichheit in der Reichtumsverteilung zur Folge habe (Allgemeine Theorie, Berlin 1966, 315 ff). Es kann hier nicht darauf eingegangen werden, ob bzw. inwiefern das illusionär war und ist (siehe hierzu den Beitrag von Leibiger in „Z“ 65). Die Behauptung allerdings, hier würde versucht, „die Interessen der Arbeiterklasse als Interesse der Gesamtgesellschaft“ (113) auszugeben, ist unzutreffend. Denn die von Keynes propagierte niedrige Profitrate kann ja wohl kaum als im Interesse der Kapitaleigner liegend bezeichnet werden.

Dementsprechend holzschnittartig fallen denn auch die politischen Schlussfolgerungen der Autoren aus: Den Gewerkschaften wird empfohlen, nicht nur um die „Bedingungen der Ausbeutung“ sondern vielmehr um die „Aufhebung des Kapitalverhältnisses“ zu kämpfen. Dies ist nicht nur eine Verkennung der Rolle und Möglichkeiten von Gewerkschaften; die Autoren errichten vor allem eine ‚chinesische Mauer‘ zwischen Verteilungskämpfen und dem Kampf um eine Veränderung der Gesellschaft. Da die Autoren anscheinend nur durch Klassikerzitate zu

überzeugen sind, sei hier zum Schluss eines angeführt, welche die systemtranszendierenden Elemente des Kampfes um bessere Ausbeutungsbedingungen diskutiert: Der Kampf um den Arbeitstag, der ja jetzt wieder sehr aktuell ist, wurde von Marx in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation als Kampf zwischen zwei Prinzipien, der politischen Ökonomie der Mittelklasse und der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse, dargestellt. Marx fährt fort: „Ein noch grösserer Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals (des Besitzes) stand bevor.“ Gemeint waren die Kooperativfabriken, deren Existenz zeige, dass die assoziierten Produzenten in der Lage seien, Produktion auf grosser Stufenleiter durchzuführen. (MEW, 16. S. 11). Aber da hat er wohl geirrt.

Jörg Goldberg

Konsensproduktion im neo-liberalen Projekt

Mario Candeias, Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Argument-Verlag, Hamburg 2004, 20,50 Euro

Candeias analysiert die Veränderungen des internationalen Finanzkapitalismus, die Neuzusammensetzung der Arbeit, die räumliche und konzeptionelle Restrukturierung des Staates als „neue Produktions- und Lebensweise“ unter „neoliberaler Hegemonie“ (12). Den Begriff der Produktionsweise als Kennzeichnung innerkapitalistischer Periodisierung entlehnt er bei

Gramsci. Mit dessen Begriff des „geschichtlichen Blocks“ können die einzelnen Bereiche der Gesellschaft im Zusammenhang gedacht werden, ohne aufeinander reduziert zu werden. Die Frage nach Möglichkeiten von Eingreifen und Widerstand läuft dabei immer mit. Geschlechterverhältnisse werden als konstitutiver Bestandteil der gesellschaftlichen Verhältnisse gedacht und ausnahmsweise mal nicht bloß als Feigenblatt an die harten Fakten der ökonomischen Analyse geheftet.

Beeindruckend sprengt Candeias die üblichen Zitierkartelle: Die Schwachpunkte der Regulationstheorie im Bereich von Subjekt- und Hegemonietheorie seziert er, ohne deren Erkenntnismöglichkeiten preiszugeben. Kapitalismus ist für ihn nicht einfach eine Struktur jenseits des Handelns der Menschen. Zur Verbindung von Struktur- und Handlungstheorien konfrontiert er die Kritische Psychologie mit Bourdieu, Judith Butler und Foucault mit Gramsci und denkt das Handeln der Einzelnen als von ihnen hervorgebracht und gleichzeitig als gesellschaftlich strukturiert.

Von hier aus kann er Hegemonie nicht einfach als Vorherrschaft, sondern als Form der Bearbeitung von Widersprüchen fassen, die immer darauf angewiesen ist, auch die Interessen subalternen Gruppen mit zu artikulieren, und die gleichzeitig auf Momenten von Zwang und Gewalt basiert. „Passive und aktive Zustimmung zum neoliberalen Projekt werden auf allen entscheidenden Feldern organisiert: über Kapitalmärkte als vermeintlich effizienteren Ort zur Finanzierung sozialer Sicherungssysteme, über hochtechnologische For-

men der Arbeit und größere Freiräume in der Arbeit, über eine Kultur des Marktes, entstaubte Geschlechterverhältnisse und größere Entwicklungsmöglichkeiten für ‚leistungsbe-reite‘ Frauen.“ (261) Die unterschiedlichen Formen neoliberaler Widerspruchsbearbeitung zeigen sich in den Konjunkturen des Neoliberalismus, vom orthodoxen über den sozialdemokratischen zur rechtspopulistischen Variante (die sich zugleich als Opposition geriert), hin zu autoritären Formen, die mit dem Einsatz von Zwang, Gewalt und Krieg operieren. Damit können auch Krisen und Instabilitäten, die von anderen Autoren als „Ende“ des Neoliberalismus gefasst werden, als Kämpfe auf einem neoliberal definierten Feld begriffen werden. Theorien und Konzepte der Neoliberalen werden so in das Ringen um neue Verwertungsmöglichkeiten und um Hegemonie eingebettet, statt die vielfältigen Aspekte neoliberaler Theoriebildung unzulässig als geschlossenes Programm darzustellen: Neoliberale Hegemonie betrifft vor allem die gemeinsamen – relativ kohärenten – Grundlagen der Widerspruchsbearbeitung (102).

Unter hochtechnologischem Paradigma kristallisieren sich zwei neue idealtypische Formen der Produktionsorganisation: 1. Neotaylorismus ohne die sozialen Gegenleistungen des fordistischen Systems (auch von einigen linken Theoretikern unrichtig als Fortbestehen des Fordismus bezeichnet). 2. Durch eigenverantwortliche, autonome Tätigkeits der unmittelbaren Produzenten soll ermöglicht werden, deren Fähigkeiten und Kenntnisse für einen kontinuierlichen Verbesserungs- und Innovationspro-

zess innerhalb der Produktion zu nutzen. Der Druck unsicherer Arbeitsverhältnisse führe in Verbindung mit den Bedürfnissen nach Selbstverwirklichung dazu, dass die Beschäftigten „die Flexibilitäts- und Effizienzanschauung verbunden mit einer „Ideologie des Erfolgs“ in ihre eigenen Denk- und Handlungsmuster integrierten (195).

Aber Candeias geht der Hochglanzversion der neuen Arbeitsverhältnisse nicht auf den Leim: Gleichzeitig komme es zur Herausbildung eines „Computerproletariats“, bei dem „prekäre Beschäftigungsformen“ oft mit „routinisierten Tätigkeiten zusammen“ fielen (199) und die einer strikten Arbeitskontrolle unterworfen seien. Prekäre Arbeitsverhältnisse (zunächst weitestgehend Frauen betreffend) sind nicht eine Randerscheinung, sondern gehören zum „Fundament für die Durchsetzung neuer Arbeitsverhältnisse, eines neuen technologischen Paradigmas, mithin der neoliberalen Produktions- und Lebensweise“ (167). Trotz gesteigerter Kooperationsverhältnisse erlebten die Beschäftigten zugleich eine Abnahme „echter“ Zusammenarbeit, die unter dem Druck verschärfter Konkurrenz und leistungsbezogener Entlohnung als Zwang wahrgenommen wird.

Im globalisierten Neoliberalismus kann der geschichtliche Block nur ein transnationaler sein. Dessen räumliche und soziale Fragmentierung untergräbt die „materiellen und institutionellen Bedingungen langfristig stabiler gesellschaftlicher Kompromisse und führt letztlich zur Krise der parlamentarischen Demokratie, zum Aufkommen chauvinisti-

scher Bewegungen, während die transnationale Geschäftswelt sich auf Dauer der öffentlichen Kontrolle entzieht“ (327) und den Krieg zu einem entscheidenden Mittel der Politik macht. Die nach wie vor existierende Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen darf dabei nicht übersehen werden – auch bei einigen ‚linken‘ Kritikern geraten die „ideologischen und analytischen Dimensionen der Globalisierung“ durcheinander (286). Es gehe nicht ums Absterben des Staates, sondern um eine neoliberale Intervention, die sich vor allem vom Wohlfahrtsstaat zurückzieht; die neuen Kräfteverhältnisse sind bereits in die Form von Staatlichkeit eingeschrieben.

Das Material, an dem Candeias die neue Produktionsweise analysiert, ist breit, zuweilen überbordend. Insgesamt aber sind Anlage und Analyse überzeugend. Wer immer noch die Diskussion um postfordistische Formation(en) mit einem Fragezeichen versieht und von der andauernden Krise des Fordismus spricht, begegnet dem Band mit einem Ressentiment, das im Rahmen (linker) akademischer Umgangsformen eher ungewöhnlich ist. So werfen Bischoff/Fiehler/Lieber Candeias vor, dass er keine historische Rekonstruktion der Gründe für das „faschistische Rollback“ (Sozialismus 3/05, 53) und die Ausbreitung des Fordismus in Europa erst nach dem Sieg über den Faschismus geliefert habe. Dies um zu argumentieren, dass Candeias Rekonstruktion vom ersten Auftauchen neoliberaler Theorien/Ideologien bis zur Verbindung mit dem hegemonialen Block an der Macht nicht belegt sei. Es gelingt den Re-

zensenten nicht, ihren eigenen Standpunkt soweit zu verlassen, dass sie sich auf die Analysen von Candeias einlassen können: Wo dieser die Brüche fordristischer Hegemonie analysiert, fordern sie, dass die inneren Widersprüche des Fordismus herauszuarbeiten gewesen wären. Candeias sorgfältigem Kapitel zur Entstehung des globalen Finanzkapitalismus attestieren sie gerade mal eine „Ahnung“, Prekarisierung, von Candeias als zentrale Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse nicht nur am unteren Rand analysiert, „streife“ er in einer „Skizze“. Sie attestieren Candeias einen technologisch verkürzten Begriff der neuen Arbeitsverhältnisse, da ihm der Begriff der „gesellschaftlichen Betriebsweise des Kapitals“ fehle – ohne jedoch selbst zu belegen, warum dieser Zugriff nicht durch den Begriff der „Produktionsweise“, wie Candeias ihn in Anschluss an Marx und Gramsci nutzt, aufgehoben ist. Wenn Candeias den Gramscischen Begriff des „transformismo“ nutzt, um den Übertritt der europäischen Sozialdemokratie zum Neoliberalismus zu fassen, dann versäumen Bischoff/Fiedler/Lieber nicht, darauf hinzuweisen, dass es sich dabei eher um eine Qualität fordristischer Massenparteien handle und dass die Funktion der Einbindung von ehemals oppositionellen Bevölkerungsteilen mit dem „Erodieren der Bindungsfähigkeit der Parteien“ und der „Amerikanisierung“ (54) nicht zusammengehe. In der Kritik der Rezensenten bleibt unverständlich, wie die Zustimmung zum aktuellen gesellschaftlichen Projekt überhaupt zustande kommt. Deutlich wird vor allem, dass eine Analyse, die unter

dem Begriff der „Konjunkturen des Neoliberalismus“ fassen kann, welche unterschiedlichen Machtblöcke und gesellschaftlichen Gruppen ins gesellschaftliche – nachfordristische – Projekt an der Macht einbezogen sind, nicht in den Rahmen ihrer theoretischen Tradition passt. Leider ignorieren sie dabei auch das von Candeias analysierte Material.

Der Argument-Verlag hat das dichte Material in eben so dicht gesetzte Seiten mit kleiner Schrift gefasst und es an sorgfältiger Korrektur fehlen lassen, was die Rezeption zuweilen erschwert.

Christina Kaindl

Vampire, Fleisch und Liebe

Michael Hardt, Antonio Negri, Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Campus Verlag, Frankfurt/New York 2004, S. 420, 34,90 €

Mit „Multitude – Krieg und Demokratie im Empire“ haben Michael Hardt und Antonio Negri (H/N) die Fortsetzung ihres Bestsellers „Empire“ vorgelegt. Hatten sie in diesem das Ende imperialistischer Konflikte und die Entstehung einer globalen, imperialen Form der Souveränität, die weder ein Außen noch ein Zentrum kennt, postuliert, so sollen jetzt die begrifflichen Grundlagen für das politische Projekt der Multitude entwickelt werden – die globale Verwirklichung absoluter Demokratie. Die Bedingungen für dieses Projekt sind, so lautet eine der zentralen Thesen des Buches, günstiger denn je. Der schon in „Empire“ vertretene revolutionäre Optimismus findet mit „Multitude“ also neue Nahrung.

Zunächst sehen H/N sich allerdings genötigt, ihre These vom entstehenden Empire vor dem Hintergrund neuerer politischer Entwicklungen, hier vor allem dem Irakkrieg, gegen Einwände zu verteidigen. Dazu entwickeln sie einen Begriff des Krieges als „biopolitischem Paradigma“ der Gegenwart, d.h. Krieg ist omnipräsentes Prinzip postmoderner Herrschaft. Die Grenzen zwischen militärisch geführten Kriegen und Polizeiaktionen werden immer weniger erkennbar, und im „Krieg gegen den Terrorismus“ verliert auch die Unterscheidung zwischen inneren und äußeren Feinden an Bedeutung. Die nicht-imperialistische, imperiale Ordnung ist „ein Zustand permanenter Kriegsführung“ (9). In diesem Sinne lassen sich auch militärisch ausgetragene zwischenstaatliche Konflikte als Bestandteil der inneren Logik des Empires interpretieren.

Die Grundlage für die Verwirklichung absoluter Demokratie, die dem permanenten Krieg des Empires ein Ende bereiten wird, glauben H/N in den Veränderungen gesellschaftlicher Produktion ausmachen zu können. Deren wichtigste Tendenz ist den Autoren zufolge die zunehmende Bedeutung „immaterieller Arbeit“, also von netzwerkförmig organisierter Arbeit, die wesentlich aus der Herstellung sozialer Beziehungen durch Kommunikation und Affektproduktion besteht. Auch in diesem Punkt schließen sie direkt an ihre Argumentation in „Empire“ an, allerdings mit leichten Verschiebungen: So räumen sie z.B. ein, dass der Begriff der „immateriellen Arbeit“ irreführend ist, da jede Arbeit materiell ist – lediglich die Produkte die-

ser Arbeit (wie Wissen, Kommunikation, Beziehungen und Gefühlsregungen) sind nicht-materiell. Um Missverständnisse zu vermeiden, könnte auch von „biopolitischer Arbeit“ gesprochen werden, so ein Vorschlag, den sie gleich wieder verwerfen (126f.).

H/N stellen klar, dass sie nicht davon ausgehen, dass immaterielle Arbeit quantitativ dominant wird, wohl aber qualitativ, kurz: immaterielle Arbeit ist die hegemoniale Form der Arbeit der Gegenwart. Wie die industrielle Arbeit in der Vergangenheit das Bild der Gesellschaft prägte, so ist es jetzt die immaterielle Arbeit, die alle anderen Arbeiten und sozialen Beziehungen formt. Subjekt der immateriellen Arbeit ist die Multitude, die Menge, die unter der Herrschaft des Kapitals arbeitet. „Multitude ist ein Klassenbegriff“ (121), aber nicht zu verwechseln mit dem Begriff der Arbeiterklasse. Während Arbeiterklasse H/N zufolge ein exkludierender Begriff ist, der in seiner engen Fassung die Industriearbeiterschaft bezeichnet und weiter gefasst alle Lohnabhängigen, ist Multitude „ein offenes und inkludierendes Konzept“ (11). Die biopolitische Produktion umfasst die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, entsprechend beruht der Begriff der Multitude „auf der These, dass es keine politische Vorrangstellung aufgrund unterschiedlicher Formen von Arbeit mehr gibt: Alle Formen sind gesellschaftlich produktiv, sie produzieren gemeinsam; und ebenso gemeinsam ist ihnen das Potenzial, der Herrschaft des Kapitals zu widerstehen (125).“ Der Arbeitsbegriff ist hier nicht auf Lohnarbeit beschränkt, sondern umfasst jede soziale Tätig-

keit (ein Beispiel zur Illustration der Sicht der Autoren: wenn Sprache in den immateriellen Produktionsnetzwerken zu einem der wichtigsten Produktionsmittel geworden ist, dann ist das gemeinsame Hervorbringen von Sprache durch die gesellschaftlichen Akteure produktive Arbeit, 152f.).

Grundlegend für das von H/N vertretene Verständnis von Geschichte und Politik ist die Annahme vom „Primat des Widerstandes“ (82f.): Widerstand ist demnach keine Reaktion oder Antwort auf herrschende Verhältnisse, „Widerstand ist gegenüber der Macht primär“ (82). Diese – leider ohne jede Begründung gelieferte – Annahme soll eine Perspektive der radikalen Betrachtung der Welt von unten eröffnen. Entsprechend wird auch die Multitude als Klasse nicht von objektiven Verhältnissen hervorgebracht, sie schafft sich selbst durch ihre Kämpfe. Insofern ist die Multitude eine kämpfende Einheit, eine Einheit allerdings, die nicht im Gegensatz zur Vielheit steht, sondern diesen Gegensatz überwindet. Multitude bezeichnet „Singularitäten, die gemeinsam handeln (125)“, ein nicht-identisches Subjekt, das war und ist, vor allem aber wird.

Die Selbstverwirklichung der Multitude vollzieht sich im Kampf für absolute Demokratie. Absolut deshalb, weil hier ökonomische und politische Produktion (also die Herstellung von sozialen Beziehungen in kommunikativen Netzwerken) zusammenfallen. Die Demokratie der Multitude ist der Bruch mit der modernen Tradition der Souveränität, die stets verlangt, dass ein einheitliches Subjekt (z.B. Partei, Nation, Volk) die Gesellschaft beherrscht. Als irreduzible

Vielfalt kann die Multitude niemals Souverän sein (361ff.), sie muss die Souveränität auf globaler Ebene abschaffen. Dies sei auch der Sinn der Parole „Eine andere Welt ist möglich!“ Die globalisierungskritische Bewegung und als Kristallisationspunkt die Proteste von Seattle dienen H/N als Beispiel für „Singularitäten, die gemeinsam handeln“. In jeder Periode müssen Formen des Widerstands gefunden werden, die den gegenwärtigen Verhältnissen angemessen sind (87ff.). In Zeiten biopolitischer Produktion ist diese Form das Netzwerk, und die Proteste in Seattle stehen exemplarisch für netzwerkartig organisierte Kämpfe (319). In den von der globalisierungskritischen Bewegung vorgebrachten Reformvorschlägen artikuliert sich für H/N eine „ungeheure Sehnsucht nach globaler Demokratie (321)“.

Wie schon „Empire“ kommt auch „Multitude“ wieder reichlich wort- und bildgewaltig daher: Vampire und Monster treten auf, Bienenschwärme und Ameisenhaufen, viel Körper, viel Fleisch. Und am Ende wird nicht Kommunismus gepredigt, sondern „der wahre politische Akt der Liebe“ (393). Die metaphorreiche Darstellungsweise ist an einzelnen Punkten recht inspirierend, an manchen Stellen wirkt sie eher verklärend. Im wesentlichen stellt das Buch die in „Empire“ entwickelte Theorie der neuen Weltordnung aus der Perspektive des Widerstands dar – wirkliche Neuerungen sucht man allerdings vergeblich.

Stefan Schoppengerd

Auch der „schlanke Staat“ bleibt auf Gewalt gebaut

Joachim Hirsch, Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, VSA-Verlag, Hamburg 2005, 253 S., 17,80 €.

Joachim Hirsch ist sozusagen ein „Veteran“ der neomarxistischen Staatstheorie. Diese hat er in Deutschland, aber auch in der internationalen Diskussion entscheidend mitgeprägt, sodass er ohne Zögern in einem Atemzug mit den international bekannteren (und aufgrund des in ihren Herkunftsländern weniger rabiatierten Antimarxismus auch stärker diskutierten) Autoren wie Bob Jessop und John Holloway genannt werden kann.

Hirsch dürfte marxistisch interessierten LeserInnen seit der in den 70er Jahren wichtigen „Staatsableitungsdebatte“ ein Begriff sein, aber auch sein Anteil bei der Untersuchung von sozialen Bewegungen und insbesondere deren Rolle bei der Herausbildung des „Postfordismus“ als neuer kapitalistischer Formation (hier v.a. zusammen mit Roland Roth) und der Charakterisierung der bürgerlichen Demokratie als die bestehende Herrschaftsstruktur garantierender „Sicherheitsstaat“ verdienen Beachtung. Zudem hatte Hirsch Anteil an der Rezeption der sogenannten „Regulationstheorie“, die inzwischen auch in Deutschland zum Mainstream marxistisch inspirierter Forschungen gehört – insbesondere in der Industriesozio- logie. Obwohl sich die Schwerpunkte seiner Arbeiten in den 90er Jahren leicht verschoben haben (u.a. hin zur Untersuchung des Zapatismus als emanzipatorischer Strömung, der An-

tiglobalisierungsbewegung und der kritischen Betrachtung von Nicht-Regierungsorganisationen), bleibt eine Grundlinie seiner Arbeiten stets erkennbar: Die eines antiökonomistischen und antietatistischen Marxismus, der als kritische Wissenschaft eben nicht fertige gesellschaftsverändernde Rezepte liefern will, sondern „dazu beitragen, historische Erfahrungen zu vergegenwärtigen, existierende Verhältnisse zu verstehen und Möglichkeiten zu skizzieren“ (215).

Vieles in seinem jüngsten Buch wird erfahrenen LeserInnen mehr als vertraut vorkommen, zumal der Autor teilweise ganze Passagen wortlaut-identisch aus früheren Werken übernommen hat. Er hat sich jedoch explizit zum Anspruch gesetzt, die Theorie auch in Auseinandersetzung mit anderen Ansätzen zu aktualisieren; v.a. die Systemtheorie wird in diesem Zusammenhang relevant. Schade ist, dass er einige andere Ansätze, an denen sich zu reiben auch der marxistischen Staatstheorie gut täte, nur wenig oder gar nicht diskutiert, u.a. die Foucaultsche Variante oder die postmarxistische Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe.

Hirsch will seine Staatstheorie handlungstheoretisch fundieren und den Staat nicht bloß aus Strukturerefordernissen „abgeleitet“ wissen. Im Anschluss an Nicos Poulantzas definiert er „Staat“ als die materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (30), die zwar als integraler Teil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses begriffen werden soll (25), als solche aber „relative Autonomie“ besitzt. Der Staat ist insofern auch nicht schlicht ein „In-

strument“ herrschender Klassen, sondern notwendig von allzu direkter Einflussnahme getrennt. Allerdings begründet schon alleine das Interesse staatlicher Apparate an der Selbsterhaltung, dass diese auf den Erhalt des Prozesses der Kapitalverwertung verpflichtet sind, schließlich bleibt der Staat als Steuerempfänger auf diese angewiesen; dies begründet auch seine „strukturelle Selektivität“ (48), die ihn nur begrenzt als Instrument emanzipatorischer Politiken erscheinen lässt.

Im Unterschied zu Luhmann möchte Hirsch den Staat nicht als Resultat gesellschaftlicher Ausdifferenzierung verstanden wissen. Er begründet die Entstehung der unterschiedlichen Staatsapparate historisch vor allem aus den Bedingungen zunehmender Zentralisierung der Verwaltungs- und Herrschaftsapparate (53) und als Resultat gesellschaftlicher Kämpfe (57). Nicht wegzudenken aus diesen Prozessen sei auch die Rolle des Nationalismus, der auf Grundlage der kapitalistischen Vergesellschaftung die sozialen Zusammenhänge neu begründet (68). An dieser Stelle hat Hirsch die Argumentation im Vergleich zu früheren Veröffentlichungen verfeinert und u.a. von bis dato mit-schwingenden Essentialismen befreit. Auch Sexismus wird als für die moderne Staatlichkeit konstitutiv gekennzeichnet, was sich etwa in der eigentümlichen Trennung von „öffentlicher“ und „privater“ Sphäre materialisiere. „Demokratie“ im bürgerlichen Verständnis stelle mithin eine marktähnliche Struktur dar, in der Gruppen periodisch um WählerInnenstimmen konkurrierten (78).

Problematisch bleibt auch in dieser

Aktualisierung der Theorie, dass Hirsch den Staat zwar als Resultat des Klassenhandelns beschreibt, auf eine Erläuterung seines Klassenbegriffs aber weitgehend verzichtet. So bleibt mitunter unklar, ob „Klasse“ eine soziale Beziehung oder einen Akteur meint.

Vor der theoretischen Folie des Regulationsansatzes erörtert Hirsch die Genese des fordistischen historischen Blocks, dessen Krise und die Herausbildung der Formation, um die bis heute weiterhin unter dem Label „Postfordismus“ gestritten wird. Die ihm bisweilen vorgeworfene funktionalistische Verkürzung des Hegemoniebegriffs (der – von Gramsci stammend – auch für sein regulationstheoretisches Konzept gebraucht wird) hat der Autor weitgehend abgemildert. Bei der Beschreibung der postfordistischen Konstellation werden insbesondere die Tendenzen der Internationalisierung beachtet: Die stärkere Abhängigkeit der Nationalstaaten von den Finanzmärkten erzwingt von Regierungen eine striktere monetäre Disziplin, wodurch Spielräume für die soziale Integration schrumpften. Eine größere Fragmentierung der Gesellschaft sei die Folge. Diesen neuen Typus Staat, dessen primäre Aufgabe im globalen Wirtschaftskrieg darin bestehe, optimale Verwertungsbedingungen für das Kapital bereit zu stellen, nennt Hirsch den „nationalen Wettbewerbsstaat“ (110).

Hirsch hält es für einen Irrtum zu glauben, dass die herrschende kapitalistische Ordnung keiner staatlichen Interventionen mehr bedürfe, vielmehr habe sich aufgrund der veränderten Kräfteverhältnisse der Charakter der Staatseingriffe transfor-

miert; die weltweite Akkumulation werde zunehmend abgesichert durch einen „neoliberalen Konstitutionalismus“ (149).

In einem Kapitel diskutiert Hirsch aktuelle Fragestellungen im Hinblick auf das internationale Staatensystem. Er grenzt sich von der „klassischen“ Leninschen Imperialismustheorie ab, indem er den Kapitalismus als grundsätzlich imperialistisch deutet, und nicht nur einzelne seiner Phasen (179). Anhand aktueller theoretischer Beiträge – zum Beispiel von David Harvey sowie Leo Panitch und Sam Gindin – werden die Widersprüche und Konfliktpotentiale der imperialistischen Struktur dargelegt.

Im Schlusskapitel wird der Versuch unternommen, ausgehend von einer Rekapitulation der staatlichen Restrukturierungstendenzen (u.a. werden genannt die Re-Feudalisierung von Politik, die Dezentralisierung des staatlichen Gewaltmonopols, die erschwerte Hegemoniebildung), einige Eckpunkte, Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischen Handelns aufzuzeigen, die Hirsch unter den Begriff des „radikalen Reformismus“ zusammenfasst. Eine Politik in diesem Sinne sei in erster Linie als „Erfahrungs-, Aufklärungs- und Lernprozess“ (229) zu verstehen. Wer Herrschaftsverhältnisse abschaffen wolle, müsse die gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, aus denen diese hervorgingen. Gesellschaftsveränderung sei ein Kampf um Hegemonie. Hier ist Hirsch ausdrücklich zuzustimmen; es fragt sich jedoch, warum er dann gerade den damit zusammenhängenden, höchst interessanten „Kampf um die Begriffe“ nur anreißt und nicht weiter ausführt.

Denn die Dominanzwirkung von bestimmten Deutungsmustern kann in Zeiten neoliberaler Hegemonie kaum hoch genug eingeschätzt werden!

Ganz anti-etatistisch bleibt Hirsch skeptisch gegenüber Parteien und primär auf den Staat bezogenen Kräften, so gegenüber dem „reformistischen“ Flügel des Altermondialismus. Andererseits betont er, dass eine „abstrakt antistaatliche Politik“ ebenso in die Sackgasse führe wie eine etatistische (232).

Hirschs Warnungen vor einem verkürzten, d.h. allein an den Staat gerichteten Politikbegriff sind wertvoll und insbesondere in der neuen Konjunktur linker Parteipolitik wünschenswert; allerdings bleiben genau vor diesem Hintergrund seine Bemerkungen hinsichtlich des Verhältnisses von institutioneller und außerparlamentarischer Politik für den Leser unbefriedigend.

Alban Werner

China: Langer Marsch in den Kapitalismus?

Hye Kyung Cho, Chinas langer Marsch in den Kapitalismus, Münster 2006, Verlag Westfälisches Dampfboot, 365 Seiten, 29,90 Euro, ISBN 3-89691-621-1

Um den künftigen Entwicklungsweg der VR China ranken sich weltweit Befürchtungen ebenso wie Hoffnungen. Je nach Standort und Interesse. In jedem Falle aber basieren diese weitgehend auf Vermutungen und Spekulationen. Sicher ist sich inzwischen niemand mehr. Prophezei wurde in den letzten 25 Jahren zuviel, als dass jemand bereit wäre, sich er-

neut von den Tatsachen widerlegen zu lassen. Und doch wird die Debatte zu Chinas Zukunft immer noch von Irrationalismen beherrscht. Das gilt für die China-Euphorie in Politik und Unternehmertum ebenso wie für die China-Skepsis insbesondere in der Linken. So hat ausgerechnet der letzte Nationale Volkskongress Chinas aus manchen Skeptikern wieder Optimisten gemacht. Wolfgang Pomrehn etwa schreibt in der „Jungen Welt“ Nr. 59, der Kongress zeige, dass Grenzen und Gefahren des ungebremsten Wachstums erkannt seien und nachhaltigerer Ressourcenverbrauch und Stärkung der Binnenkonjunktur nun in den Vordergrund rückten. Helmut Peters sieht in „Sozialismus“ Nr. 3 aktuell in China die Schaffung „weiterer Voraussetzungen für den Sozialismus“. Es gebe einen „Umweg zum Sozialismus“, und zwar mit der Option einer „nationaldemokratischen Gesellschaft ... , einen Staatskapitalismus, eine soziale Marktwirtschaft ...“. Eine ganz andere Interpretation lieferte kürzlich der deutsche Botschafter auf einer Tagung des Ostasien-Vereins in Hamburg. Die wesentliche Aussage des Kongresses sei gewesen, dass der Zentralstaat angesichts auftretender sozialer Konflikte und wachsender Umweltprobleme makroökonomische Vorgaben machen werde, die Umsetzung aber weiterhin den Regionen vorbehalten bliebe. Von einer strategischen Umkehr oder gar einem Stopp der Transformation könne nicht die Rede sein.

Der koreanischen Wissenschaftlerin Hye Kyung Cho kommt das Verdienst zu, mit ihrer vor zwei Jahren verteidigten Dissertation am Berliner

Otto-Suhr-Institut – erschienen unter dem Titel „Chinas langer Marsch in den Kapitalismus“ – einen wissenschaftlich fundierten Beitrag zur Debatte über Chinas Zukunft geliefert zu haben.

Sie befasst sich unter Auswertung offizieller Statistiken, aber auch aufgrund eigener Untersuchungen insbesondere mit dem Funktionswandel des Staatsapparats und seiner Rolle im Prozess der ökonomischen Transformation. Dabei hebt sie die chinesische Besonderheit hervor, dass am Vorabend der so genannten Modernisierungspolitik Deng Xiao-Pings durch die maoistische „Kulturrevolution“ der chinesische Staats- und Parteiapparat massiv geschwächt war. Der dann einsetzende Prozess der Zulassung freier Märkte, privatkapitalistischer Investitionen, der Privatisierung staatlichen Kapitals und der schließlichen Öffnung gegenüber ausländischen Kapitalströmen habe aber nicht der Schwächung, sondern der Stärkung staatlicher Strukturen wie auch der KP-Führungselite gedient.

Cho stellte für die 90er Jahre fest, „trotz des sinkenden Anteils der Staatssektors an der Industrieproduktion blieb sein Übergewicht kaum angetastet.“ Nach ihr widerlege der chinesische Wachstumserfolg neoklassische Konzepte, denn im Wachstumsprozess der VR China rage die Rolle des Staates als „Hauptakteur der Wirtschaft“ besonders hervor.

Das Missverständnis einiger euphorischer Linker hierzulande besteht eben darin, Privatisierung und Transformation nach neoliberalen Muster mit Deregulierung und Staatsabbau gleichzusetzen. Doch China war und

ist nicht Russland oder Westeuropa. Hier ist der Autorin uneingeschränkt zuzustimmen. Andererseits hebt sie selbst hervor, dass der Handelsliberalisierungsdruck negative Auswirkungen auf den Staatssektor haben und den Privatisierungsprozess beschleunigen werde. Ob dieser Prozess die makroökonomische Steuerungsfunktion stärken oder schwächen wird, lässt sie allerdings offen.

Fehlerhaft dürfte die Einschätzung Chos sein, dass „sich die Ineffizienz des Staatssektors kaum anzweifeln“ lasse. Inzwischen wissen wir, dass die vermeintliche „Unwirtschaftlichkeit“ des Staatssektors zu einem großen Teil herbeigeredet wurde, um den Prozess der Privatisierung zu forcieren. Seit zwei Jahren gibt es eine staatliche Institution, die sich gezielt um den Umbau des Staatssektors kümmert. Es ist die „State Asset Supervision and Administration Commission“, in der alle staatlichen Anteile chinesischer Unternehmen zusammengelegt wurden. Während früher Staatsunternehmen als angeblich nicht rentabel heruntergerechnet wurden, sind nun deren Gewinne in den ersten drei Monaten des Jahres 2005 um 31 Prozent auf 16 Mrd. US-Dollar gestiegen. Der Leiter der Kommission stellte fest, dass auf „wundersame Art und Weise“ viele Generaldirektoren staatlicher Unternehmen vor der Privatisierung die angebliche Unwirtschaftlichkeit ihrer Unternehmen unterstrichen hätten, um danach als Direktoren oder gar Teilhaber der Privatbetriebe plötzlich hohe Gewinne zu erzielen.

Ohne jede Grundlage ist die Annahme einiger Linker, aus solchen Fak-

ten ließe sich ein Umweg auf dem „Weg zum Sozialismus“ ablesen. Mit viel Präzision untersucht die Autorin das in China komplizierte Verhältnis von Zentralstaat und Regionen. Anders als viele andere China-Experten kommt sie zu dem Ergebnis, dass der Prozess der Transformation die Rolle des Zentralstaates gegenüber den Regionen gestärkt habe und weiterhin verstärke.

Tatsächlich ist aber das Verhältnis der beiden Ebenen höchst widersprüchlich. Cho selber konstatiert, dass am Beginn der Modernisierung kein Konzept der KP-Führung vorgelegen habe, sondern man vielmehr nach dem Prinzip „trial and error“ verfahren sei. Doch lässt sich an vielen Einzelprojekten in der Anfangsphase – so etwa auch im Umgang mit den „Export-Processing-Zones“ – nachweisen, dass die Regionen oft ohne jede Deckung durch die Zentrale (ja sogar z.T. illegal) den Transformationsprozess beschleunigten und die Zentrale im Nachhinein diese Schritte absegnete oder durch nachträgliche (!) Gesetzgebung legalisierte. Der Motor der Transformation waren die Regionen. Cho bleibt den Nachweis schuldig, dass die Zentrale nachhaltig das Heft des Handelns behalten habe und weiterhin behalten werde. Sie selbst unterstreicht, dass die regionalen Disparitäten sich weiterhin zuspitzen würden und alle Versuche der Zentrale etwa, die zentralen oder Westprovinzen zu fördern, faktisch gescheitert seien.

Einige der empirischen Feststellungen Chos sind falsch. So gibt es keine „statistische Übertreibung des Wirtschaftswachstums“ Chinas. Im Gegen-

teil wissen wir inzwischen, dass die offizielle Statistik das Wirtschaftswachstum sogar heruntergerechnet hat und tatsächlich nicht von durchschnittlich bis 10 Prozent Wachstum in den letzten 20 Jahren, sondern von bis zu 15 bis zu 20 Prozent Wachstums pro Jahr auszugehen ist.

Auf Seite 125 verwechselt die Autorin das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung mit „Durchschnittslöhnen“, was zu einigen Missverständnissen Anlass gibt. Dass „alle Haushalte sowohl in der Stadt als auch auf dem Land über einen Fernseher“ verfügen, ist ebenfalls unzutreffend. Bedauerlich ist auch, dass die Datenbasis durchgängig 1999 bzw. 2000 abbricht, also immerhin sechs Jahre (!) bis zum Erscheinen des Buches unberücksichtigt geblieben sind. Ein Mangel, der den Verlag mindestens zu einem Nachtrag oder einer Ergänzung hätte veranlassen sollen.

Die Auswertung der asienwissenschaftlichen Literatur ist unvollständig. Von Thomas Heberer (dessen Name wiederholt falsch geschrieben wird) bleiben die wichtigsten Arbeiten unberücksichtigt. Ebenso fast alle Arbeiten des Instituts für Asienkunde. Insbesondere aber auch die sozialpolitischen Untersuchungen von Anita Chan, Barbara Darimont sowie des Rezensenten.

Schlicht unzutreffend ist die Behauptung der Autorin, die Rechtsetzung gehöre „zum festen Bestandteil des Unterdrückungsregimes“. Richtig ist, dass von durchgängig rechtsstaatlichen Strukturen in China nicht die Rede sein kann, doch dass es gewaltige Fortschritte in Richtung einer formal rechtsstaatlichen Struktur, die

nach dem Chaos der Kulturrevolution und der Willkür staatlicher Unterdrückung erstmals ein gewisses Maß an Rechtssicherheit geschaffen haben. Wer solche Nuancen nicht erkennt sondern unterschlägt, wird *auch* Entwicklungsperspektiven nicht wahrnehmen und deshalb auch nicht aufzeigen können.

So bedeutend die Fülle des verarbeiteten Datenmaterials ist und so wichtig die Arbeit für die Chinadebatte insgesamt bleibt, so sehr wird der Leser doch mit der Frage allein gelassen, wohin denn nun Chinas Reise tatsächlich geht. Während der Titel „Langer Marsch in den Kapitalismus“ lautet, behauptet die Autorin selbst, dieser Marsch sei im Jahre 2001 (!) „dem Ende“ zugegangen. Ist China jetzt also da angekommen, wo es nach dem Willen der KP hin sollte, nämlich im Turbokapitalismus? Und ist dies das Ende der Entwicklung? Oder gibt es nicht auch gegenläufige Tendenzen abseits vom schrankenlosen Kapitalismus und dem vermeintlichen „Umweg“ zum Sozialismus? Fragen, die Cho weder stellt noch beantwortet. An anderer Stelle hat die Autorin jüngst behauptet, in China herrsche die Missachtung sämtlicher (!) Normen der internationalen Arbeitsorganisation vor. Dies ist falsch. Insbesondere auch was die chinesische Perspektive betrifft. Während die arbeitsrechtliche Entwicklung in den westlichen Industriestaaten von kontinuierlicher Liberalisierung gekennzeichnet ist, hat China nach Abschaffung der eisernen Reisschüssel ständig an einer Verbesserung des Vollzugs des Arbeitsrechts gearbeitet. Es bereitet im Moment sogar ein völlig neues Gesetz vor,

das Abschied nimmt von den wesentlichen Elementen einer Flexibilisierung von Arbeitsbeziehungen und die Durchsetzung eines stabilen Dauerarbeitsverhältnisses zum Ziel hat. Das ist jedenfalls das genaue Gegenteil der neoliberalen Forderung nach Flexibilität. Schon häufen sich die Proteste ausländischer Investoren. Doch sind – das sei den mutmaßlichen Kritikern der Autorin gesagt – sozialstaatliche Elemente alles andere als ein „Umweg zum Sozialismus“.

Das Buch ist für alle China-Interessierten und China-Experten als Lektüre und als Quelle einer Vielzahl zusätzlicher Informationen dringend zu empfehlen.

Rolf Geffken

Die USA, der Orient und das Weltsystem

Gazi Caglar/Hakan Ates Bakar, Die USA im Nahen Osten. Geschichte und Gegenwart einer imperialistischen Beziehung, Unrast-Verlag, Münster 2005, 175 S., 14,00 Euro

Andre Gunder Frank, Orientierung im Weltsystem. Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte, Promedia-Verlag, Wien 2005, 160 S., 11,90 Euro

Die veröffentlichte Meinung in Europa und den USA ist geprägt durch „mächtige Mythen und Fantasien“ (8) über den Nahen Osten und den Islam: „Der Orient und Okzident werden essentialistisch gegenübergestellt. Dem Okzident wird Entwicklungsfähigkeit, dem Orient Erstarung, dem Okzident die Religion der Vernunft, dem Orient die Religion der Sklaverei, dem Okzident rationale Herrschaft, dem Orient irrationale

Despotie (...) zugeschrieben.“ (14) Deshalb ist es sinnvoll, daß Caglar/Bakar ihre Studie über die USA im Nahen Osten mit einer Analyse des Osmanischen Reiches beginnen. Als Ergebnis halten sie fest, daß dessen „Gesellschaftsstruktur keineswegs die Eigenschaften einer ‚asiatischen‘ Produktionsweise aufweist, die von Außen aufgelöst werden mußte“ (23). Selbstverständlich bedurfte die osmanische Gesellschaft zu ihrer Entwicklung weder europäischer Kolonialpolitik noch imperialistischer Durchdringung, doch ist ihre Subsumtion unter die Kategorie der „asiatischen Produktionsweise“ zweifelsohne berechtigt. Marx bezeichnete damit bekanntlich einen speziellen Typus sozioökonomisch stagnierender Gesellschaften. Er ist gekennzeichnet durch einen gesellschaftlichen Funktionszusammenhang, der eine Reproduktion auf qualitativ erweiterter Stufenleiter d.h. die Aktualisierung grundlegend neuer Produktivkräfte aufs äußerste erschwert, da eine extreme Spezifizierung der Produktionsweise alle gesellschaftliche und ökonomische Aktivität in nur eine Richtung lenkt und absorbiert, wodurch diese Gesellschaft quasi in eine Sackgasse gerät. Damit ist natürlich die Möglichkeit, daß die z.T. erheblichen quantitativen Veränderungen, die auch in stagnierenden Gesellschaften stattfinden, irgendwann den Charakter eines qualitativen Sprunges annehmen, nicht ausgeschlossen, wie ohnehin mit dem Tatbestand langfristiger sozioökonomischer Stagnation die Dialektik gesellschaftlicher Entwicklung naturgemäß nicht aufgehoben ist. Den stagnativen gesellschaft-

lichen Funktionszusammenhang bildet im Vorderen Orient das Millet-System. Caglar/Bakar wenden sich zutreffend gegen die in der Literatur verbreitete These vom Osmanischen Reich als „Vielvölkerstaat“ oder „multinationalem Reich“: „Das Wort Millet, das vielfach als Nation übersetzt wird und diese Bedeutung im Türkischen erst später bekam, hatte im Osmanischen Reich nur die Bedeutung von Religionsgemeinschaften. In der damaligen Millet-Definition waren weder Sprache noch ethnische, völkische oder nationale Identitäten enthalten.“ (31) In ihrem eher semantisch denn soziologischen Verständnis der asiatischen Produktionsweise können sie dieses System mit seiner beträchtlichen Eigendynamik jedoch nicht als Ursache der Stagnation identifizieren. Die Strukturierung der Gesellschaft entlang der Religionsgrenzen bewirkte, daß die Aktivität der Mohammedaner zu einem großen Teil durch militärische Tätigkeiten absorbiert wurde. Die davon befreiten Christen und Juden konnten so laufend ihre wirtschaftliche Position festigen, während die Muslime gehindert waren in Handel und Gewerbe mit ihnen chancengleich zu konkurrieren. Diese im Laufe der Zeit erstarrten und verselbständigten sozio-professionellen Strukturen haben sich schließlich auch im Bereich des gesellschaftlichen Bewußtseins niedergeschlagen und die Entstehung von Werte- und Normensystemen begünstigt, die wiederum ein zusätzliches Hindernis gesellschaftlicher Veränderung geworden sind. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, daß obwohl der Begriff der Nation und des Nationalstaates be-

reits im 19. Jahrhundert auftauchte und nach 1918 auch eine gewisse Dynamik entfaltete, er als politische Ideologie wenig massentauglich ist: „Alle Nationalstaaten, in denen der ‚Islam Staatsreligion‘ ist, geben damit per Verfassungstext zu, daß sie sich auf das Konzept einer Nation nicht stützen können, daß also eine solche Homogenität als Basis nicht existiert. Die Auflösungserscheinungen der nahöstlichen Nationalstaaten und ihre Neuordnung durch die neuerliche Kriegsstrategie der USA und ihrer Verbündeten geschieht also nicht als Institutionalisierung von ‚Demokratie‘ und ‚Menschenrechten‘, sondern als ein konservativ-religiös-ethnisches Projekt zur Schaffung einer einigermaßen verlässlichen Ordnung.“ (33)

Die geostrategische Bedeutung des Nahen und Mittleren Osten sowie seine sich keineswegs auf das Erdöl beschränkende ökonomische Bedeutung, die Caglar/Bakar im Einzelnen darstellen, bilden den materiellen Hintergrund der US-Politik. Aber antagonistische Gesellschaften brauchen zur Aufrechterhaltung des Klassenfriedens auch immer einen äußeren Feind. Mit dem Zerfall der Sowjetunion als dem „Reich des Bösen“ waren neue Feindbilder notwendig geworden: „Der ‚islamische Fundamentalismus‘ und schließlich ‚der internationale Terrorismus‘ überhaupt sind nun die neuen Feindbilder.“ (10) Die Anschläge auf das WTC und das Pentagon spielten dabei zwar eine Rolle, aber: „Im Rückblick muß festgestellt werden, daß ein grundlegender Politikwechsel nach dem 11. September nicht erfolgt ist. (...) Er sollte den uner-

schöpflischen Stoff einer permanenten Propaganda abgeben, die ein permanenter Krieg benötigt.“ (101) Denn der Koran bzw. der Islam sind das „neue Feindbild, an dessen Produktion die US-Eliten lange vor den Anschlägen gearbeitet hatten“ (104). Ironischer Weise ist die moderne Islamisierung des Islam „als eine zunächst einmal kraft- und hilflose Reaktion auf den Kulturimperialismus erfolgt“ (36). Bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden, tauchte der militante Islamismus in den siebziger Jahren scheinbar aus den Nichts auf. In Wirklichkeit handelte es sich um eine grundlegende Wende. Durch die arabische Niederlage im Sechstagekrieg gegen Israel (1967) „war das ideologische Gebäude des arabischen Nationalismus mit seinem ‚dritten Weg‘ untergraben worden, was ein politisch-geistiges Vakuum erzeugt hatte, in das die islamistischen Bewegungen vorstießen“ (107). Indem Caglar/Bakar Aufstieg, Niedergang und neuerlichen Aufstieg des militanten Islamismus in Verbindung zum Palästina-Konflikt sowie zu den Dominanzstrategien der USA bringen, machen sie deutlich, in welchem großen Ausmaß die Reaktion auf die imperialistische Politik durch diese selbst strukturell bedingt wird.

Die Eroberung Afghanistans und des Iraks waren auch für A. G. Frank der Anstoß zu einer erneuten „Orientierung im Weltsystem“. Hinter den Kriegen ortet er den Versuch der Vereinigten Staaten, ihre globale Vormachtstellung mit militärischen Mitteln zu verteidigen, weil die wirtschaftlichen Grundlagen der Macht – insbesondere der Dollar als Weltgeld – sich als zunehmend brüchig erwei-

sen. Feststellungen dieser Art sind obligate Voraussetzung für die üblichen linken Katastrophenszenarien. Zwar nennt Frank als mögliche dritte Säule des Machterhalts „vielleicht die von der Regierung dem Bildungssystem und den Medien verbreitete *Ideologie*, die diese einfachen Tatsachen (Dollar und Pentagon, K.U.) vor den Augen der Öffentlichkeit verschleiert“ (87). Aber wenn das die Funktion der Ideologie ist, kann man sie gut vernachlässigen und die ökonomistische Weltsicht pflegen, was Frank auch tut. Seiner Meinung nach „befindet sich die Welt bereits in einer Depression. Nur sind die USA davon bisher ganz und Kanada und Westeuropa teilweise ausgenommen“ (88). Die Gründe, die der Autor dafür anführt, unterscheiden sich in der Substanz kaum vom gängigen Wirtschaftsjournalismus und eine Formulierung wie „der Wohlstand des amerikanischen Volkes“ (87) macht deutlich, daß er weit davon entfernt ist klassenanalytisch vorzugehen und sich des Instrumentariums der politischen Ökonomie zu bedienen. Weltsystem bzw. Weltwirtschaft lautet sein Mantra, was – wie der Herausgeber meint – „auf wissenschaftlicher Ebene die welthistorische Rehabilitation Asiens“ (15) bewirken soll. Dies geschieht durch die These der „langen historischen Kontinuität“ (68). Die scheint jedoch eher das Produkt einer Theorie zu sein, die die Evolution der Strukturen des Weltsystems beschreiben will, als der Realität zu entsprechen. Aber Frank ist ohnehin mehr Gefühlslinker und Polemiker denn Wissenschaftler: „Die herkömmliche Theorie führt die Industrielle Revolution

und den ‚Aufstieg‘ des Westens auf seine angeblichen ‚Besonderheiten‘ und seine ‚Überlegenheit‘ zurück. Diese Erklärung wiederum geht davon aus, daß der Westen sich schon seit langem, wenn nicht überhaupt seit Anbeginn der Geschichte auf den ‚Take-off‘, den Eintritt in das Industriezeitalter, vorbereitet hätte.“ (66) Nun sollte man annehmen, daß solch offensichtlicher Unsinn nur von Apologeten des Imperialismus verbreitet würde, aber weit gefehlt: „Zu den schlimmsten Eurozentrikern zählen westliche Wirtschaftshistoriker und Marxisten, am schlimmsten also sind marxistische Wirtschaftshistoriker“. (24) Das kann man kaum anders als hanebüchen bezeichnen, denn im Zentrum der marxistischen Diskussion über die Entwicklung vom Feudalismus zum Kapitalismus stand immer der Weltmarkt und die Kontroversen bezogen sich auf Bedeutung und Gewichtung der externer Faktoren bzw. des inneren Marktes.

Karl Unger

Gegen-Hegemonie

Ulrich Brand, Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien, Hamburg 2005, VSA-Verlag, 224 S., 13,80 Euro

Der Band vereinigt eine Reihe wichtiger Aufsätze von Ulrich Brand, die bereits in den letzten Jahren erschienen waren, sowie einige neue, erstmals veröffentlichte Aufsätze. Brand versammelt hier Aufsätze – u.a. gemeinsam verfasst mit Joachim Hirsch und Christoph Görg –, die alle um die Frage nach der Perspektive für die globalisierungskritische Bewegung kreisen.

Ausgangspunkt der Aufsatzsammlung ist die Feststellung, dass das neoliberale Projekt seit einigen Jahren unübersehbare Risse aufzeigt und sich die Versprechen des Neoliberalismus nicht erfüllen – stattdessen ist es zu „enormen Spaltungs- und Verarmungsprozessen“ gekommen, die mit einem „sich zunehmend repressiv gebenden Staat“ beantwortet werden. (7) Im Mittelpunkt stehen zum einen Fragen nach dem Verhältnis von praktischer Globalisierungskritik und kritischer Gesellschaftstheorie sowie andererseits die Frage nach den Möglichkeiten der Schaffung einer globalisierungskritischen Gegen-Hegemonie zum (neoliberalen) Kapitalismus. Zusammengefasst sind die einzelnen Beiträge in vier übergeordneten Kapiteln, erstens zum Verhältnis von praktischer Globalisierungskritik und kritischer Gesellschaftstheorie, zweitens zu Entwicklungspolitik und Nichtregierungsorganisationen, drittens zu Vielfalt und Konflikten der Bewegung sowie fünftens zur Diskussion über mögliche Alternativen zum Neoliberalismus. In der Einleitung behandelt Brand die gegenwärtige Situation der globalisierungskritischen Bewegung, deckt Probleme, Schwierigkeiten auf und versucht, entsprechende Lösungsstrategien aufzuzeigen. Ein „Strategie- und Motivationsloch“ (7) zeichne den gegenwärtigen Stand der Bewegung aus. Dagegen seien „offene Konzepte eigenständiger Organisationsformen“ von Nöten, „um weitere Menschen und Vereinigungen – wie etwa Gewerkschaften – zu erreichen und davon zu überzeugen, dass ein anderes Leben und eine andere Welt möglich

sind. In der Öffentlichkeit müssen neoliberale und neoimperiale Projekte noch stärker infrage gestellt werden, um weitreichende Veränderungen in den politischen, ökonomischen und kulturellen Feldern zu ermöglichen.“ (7f.) Der Autor betont die Wichtigkeit emanzipativer Erfahrungen in konkreten Lebensverhältnissen sowie die Bedeutung der praktischen Suche nach Alternativen für eine solidarischere Gesellschaft: „Eine solche Perspektive von Gegenhegemonie ersetzt weder Politik in staatlichen Institutionen, noch die Auseinandersetzungen in einer breiteren Öffentlichkeit oder Kämpfe gegen Kapital- und Unternehmensmacht. Sie ist und bleibt aber Voraussetzung, dass die derzeit noch schwachen Stimmen und konkreten Alternativen für immer mehr Menschen hörbarer und lebbarer werden – und sich möglicherweise gesellschaftliche Verhältnisse umfassend verändern.“ (14)

In den drei Beiträgen des ersten Kapitels hebt Brand die Notwendigkeit von Theorie- bzw. theoretischem Wissen über die Gesellschaft für die politische Praxis der Bewegung hervor, geht auf verschiedene Debatten der Linken in den letzten Jahren ein und stellt seinen eigenen Ansatz vor, der sich wesentlich auf die kritische Reflexion der französischen Regulationsschule, materialistischer Staatstheorie, dem (neo-)gramscianischen Ansatz sowie der „Internationalen Politischen Ökonomie“, einem Ansatz aus den Internationalen Beziehungen in der Politikwissenschaft, stützt. Im zweiten Kapitel wird der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ in seiner Entstehung wie seiner An-

wendung kritisch untersucht. Brand beschäftigt sich mit der Auseinandersetzung um die Sicherung geistigen Eigentums und der Biodiversität und gibt eine Kritik der Politik von Nichtregierungsorganisationen. Das dritte Kapitel behandelt die Frage alternativer Protestformen und Proteststrategien und zieht als positives Beispiel die zapatistische Bewegung in Mexiko heran. Im vierten und letzten Kapitel greift der Autor einige der Debatten um Alternativen innerhalb der Bewegung auf – Global Governance, Globale Öffentliche Güter, DeGlobalisierung, die Diskussion über Reform oder Abschaffung der Welt handelsorganisation (WTO) und diskutiert im letzten Beitrag – unter der Annahme einer krisenhaften Entwicklung des Neoliberalismus und seines Endes – die Perspektiven radikaler Veränderungen, worunter als notwendige Bedingung Brand zufolge fallen: Aufklärung und Herstellung von Handlungsfähigkeit, Anerkennung von Interessendifferenz und Entwicklung von Streitkultur, eine emanzipative politische Ökonomie (darunter: Wachstumskritik, Diversifizierung von Widersprüchen, Gewerkschaften und Staatsverständnis), die Ablehnung eines „Masterplans“ (dagegen: Einstiegsprojekte, Sozialpolitik als Infrastruktur) sowie einer rebellischen Subjektivität als Grundlage.

Diese Perspektive verdeutlicht eine kritische Haltung des Autors, die sich von klassischen etatistischen Vorstellungen verabschiedet und eine Rückkehr zu keynesianischen Konzepten kritisch sieht. Außerdem betont er, dass eine Kritik, die sich auf die Ökonomie beschränkt, wie in großen Teilen der Bewegung der

Fall, nicht genügt. Dagegen fordert er eine größere Beachtung von Geschlechterverhältnissen und Ökologie. Diese Aufforderung an die Bewegung wie die Gewerkschaften sollte ernst genommen werden.

Florian Flörsheimer

Sozialismusvorstellungen

Heinz Dieterich, Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Kai Homilius Verlag, Berlin 2006, 169 S., 9,90 Euro

W. Paul Cockshott/Allin Cottrell, Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie (hgg v. Helmut Dunkhase), PapyRossa Verlag, Köln 2006, 267 S., 18,00 Euro

Zu Beginn des Jahres sind zwei Bücher erschienen, die sich mit der Gestaltung der Ökonomie einer künftigen sozialistischen Gesellschaft befassen. Beide rücken den arbeitswertbasierten Gütertausch ins Zentrum ihrer Vorstellungen und betonen dabei die Rolle der Computertechnik für die Wertermittlung und Planung.

In seiner Vorlesung „Die Fixierung an das Trauma, das Unbewusste“ hat Sigmund Freud 1917 seine umstrittene Lehre in den Rang der Entwicklung Kopernikus' heliozentrischen Weltbilds und der Aufdeckung des Prinzips der Evolution durch Charles Darwin rücken wollen und dabei seinen Namen neben die der beiden herausragenden Naturwissenschaftler gestellt. Nun tritt Heinz Dieterich mit dem Anspruch an, das von ihm verfochtene und so getaufte Neue Histo-

rische Projekt (NHP) habe die Erkenntnisse von Marx und Engels qualitativ derartig weiter entwickelt, wie es Einstein und Planck mit der Newton'schen theoretischen Physik und die DNS-Entdecker Crick und Watson mit der Lehre Darwins getan hätten. Damit und mit der Abgrenzung gegen „heute vorwiegende vulgärmarxistische Strömungen“ setzt er eine hohe Messlatte.

Das strategische Ziel seines NHP ist die Schaffung einer „Gesellschaft ohne Kapitalismus und Markt, ohne Staat als Repressionsinstrument und ohne Entfremdung“, ein Ziel, das ohne endgültige Überwindung der Klassenherrschaft nicht erreicht werden kann. Als Kernelemente macht Dieterich die partizipative Demokratie, auch genannt universale Basisdemokratie, und die Äquivalenzökonomie aus, eine Wirtschaft, deren Austauschverhältnisse ohne Profitorientierung auf dem Tausch gleicher Arbeitswerte basieren und die zum rational-ethisch-ästhetischen Subjekt führe. Besondere Referenzpunkte sind dabei Arno Peters sowie die hier ebenfalls besprochenen Paul Cockshott und Allin Cottrell. In der Umsetzung werden immer wieder die Möglichkeiten des Internets hervorgehoben.

Dieterich identifiziert als Basisinstitutionen des bürgerlichen Systems die tauschwertbasierte Marktwirtschaft, die formale repräsentativ-parlamentarische Demokratie, den der ökonomischen Elite verpflichteten Klassenstaat und letztlich das liberale Besitzbürgertum, an dessen Stelle er allerdings später den „zur Idiotie programmierten konsumistischen Staatsbürger“ setzt. Er versucht

dann umfangreich, die Erschöpfung dieser Basisinstitutionen zu begründen, kann dabei aber nicht überzeugen, da er tatsächlich nur ihre Schädlichkeit für die Mehrheit der Menschen nachweist.

In der zweiten Hälfte seiner Schrift umreißt Dieterich die Konturen seines NHP und stellt dabei die Äquivalenzökonomie voran, „das komplizierteste Subsystem der postkapitalistischen Gesellschaftsformation“. Das Konzept unterscheidet sich wesentlich von bisherigen Sozialismus-Versuchen und vom Keynesianismus, der ohnehin ein nicht wiederbringliches Ausnahmeprodukt der Entwicklung des Kapitalismus war. Nicht der Staat schafft soziale und ökonomische Gerechtigkeit, sondern diese wird durch die Institutionalität selbst garantiert, ist dem Wirtschaftssystem immanent. Dies ist eine qualitativ neue, dritte Strategie. Vorbedingung für diesen dritten Weg ist die Kenntnis der objektiven Werte von Gütern, ausgedrückt in Arbeitseinheiten bzw. Time-Inputs. Zweite Säule des NHP ist die direkte Demokratie oder universale Basisdemokratie, ausgestaltet in ihrer sozialen, formalen und partizipativen Dimension. Gemeint sind damit Gerechtigkeit auf materiellem Gebiet und in der Gesamtheit aller bestimmten allgemeinen Regeln über die Rechtsausübung der sozialen Agenten sowie bei angemessenem Minderheitenschutz tatsächlich erfolgende direkte Mehrheitsentscheidungen über die wichtigsten Angelegenheiten der Ökonomie, Politik, Militär und Kultur in Form elektronischer Plebiszite. Private Großunternehmen in ihrer jetzigen Organisationsform sind per se undemokratisch; für sie

gibt es künftig keinen Platz mehr. Dasselbe gilt im Allgemeinen für Monopole auf den Gebieten der Produktion, Distribution und Information. Grundsätzlich sei Privateigentum an den Produktionsmitteln jedoch unproblematisch, da die Unternehmertätigkeit auch nur nach Time-Inputs entlohnt werde. Dieser verkürzte Eigentumsbegriff ist nur eine der Schwächen von Dieterichs Entwurf.

Die Beschäftigung mit einer sozialistischen Perspektive ist an sich verdienstvoll, doch vieles wird angerissen, ohne ausgearbeitet zu werden. Eine sinnvollere Gliederung zwecks Vermeidung mancher Redundanz wäre vorstellbar. Ein Sachregister hätte das Personenregister sinnvoll ergänzen können. Es gibt Ungenauigkeiten, die nicht vorkommen dürfen, so die aus der Luft gegriffene Behauptung, 1989 hätte es einen Einsatzbefehl für die NVA gegen die DDR-Bevölkerung gegeben. Der Spagat zwischen einem einfachen Lehrbuch für eine breitere Leserschaft ohne profunde politisch-ökonomische Vorbildung und der fundierten Darlegung eines neuen Theoriegebäudes ist misslungen. Insofern hat Dieterich die selbst gesetzte Messlatte verfehlt. Aber Freud hatte ja seine Referenzperson Darwin auch nie richtig verstanden.

Mit bescheidenerem Anspruch treten W. Paul Cockshott und Allin Cottrell auf. Ausdrücklich verzichten sie darauf, den Weg zum revolutionären Umschwung erklären zu wollen. Sie wollen wissenschaftlich fundiert aufzeigen, wie mittels moderner Rechner-technik die Parameter für die Durchführung einer sozialistischen Planwirtschaft ermittelt und einge-

setzt werden können. Die Vorstellungen dazu sind erheblich präziser dargelegt als bei Dieterich. Der Informatiker Cockshott und der Ökonometriker Cottrell arbeiten ihr System mit den wichtigsten Subsystemen detailliert mathematisch aus. Sie unterstellen dabei keine Globalökonomie, sondern eine Nationalökonomie. Beispiele basieren dabei oft auf Daten Großbritanniens, die aber ohne Schwierigkeit abstrahierbar sind.

Ausgangspunkt ihres Vorhabens ist, dass ökonomische Ungleichheit gemeinhin eine Ungerechtigkeit bedeutet und daher nach Möglichkeit zu minimieren sei. Als wesentliche Quellen und Ursachen unter den bestehenden Verhältnissen nennen sie Ausbeutung, Geschlecht, Krankheit/Alter, Arbeitslosigkeit. Die allgemeine Grundlage für eine weitgehende Aufhebung dieser Benachteiligungen ist das Prinzip, dass jeder die Früchte der eigenen Arbeit genießt. Damit werden Bereicherungen aus Besitz, wie Zinsen, Miete und natürlich Ausbeutung von Arbeitskraft ausgeschlossen. Einzige legitime Erwerbsquelle für Arbeitsfähige ist die Beteiligung an der gesamtgesellschaftlichen Produktion. Als Entgelt für die geleistete Arbeit erhalten Werk­tätige eine nicht transferierbare Gutschrift, die in Zeiteinheiten statt einer abstrakten Währung denominiert ist. Dafür können Güter und Dienstleistungen erworben werden, für deren Herstellung die Gesellschaft ebensoviel Arbeitszeit aufzuwenden hatte. In anderen Worten: Cockshott und Cottrell greifen Arbeitswertlehre und Input-Output-Analyse auf und machen sie zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Vorschläge.

Angesichts der ungeheuren Menge verschiedener Produkte wirkt es zunächst problematisch, ihren objektiven Wert, i.e. ihren Arbeitswert, zu ermitteln, zumal dieser im Laufe der Zeit Änderungen unterworfen ist und die Produktpalette keine statische Größe ist. Die Autoren demonstrieren jedoch, dass Hochleistungsrechner die gesamtwirtschaftlich nötigen Operationen in wenigen Minuten bewältigen können. Bei konsequenter Erfassung und zentralisierter Auswertung der Daten aus Konsum und Produktion ist die Situation einer Volkswirtschaft annähernd in Echtzeit darstellbar.

Um einen hohen Koordinierungsgrad zu sichern, schlagen die Autoren die Konzentration aller Produktionsmittel bei einer zentralen Planungsbehörde vor. Betriebe, gleich ob soziale oder industrielle, gehören dieser als Vertretung für die Gesamtbevölkerung. Sie weist Ressourcen für Produktion und Distribution eben so zu wie für soziale Arbeit. Die Betriebe verlieren ihre Eigenschaft als Rechtsperson, der Austausch zwischen ihnen wird von der Planungsbehörde organisiert, ohne dass Geld fließt. Privatpersonen verfügen weder über Eigentum an Grund und Boden noch über Produktionsmittel. Ihnen bleibt das Recht auf Eigentum an selbst genutzten Immobilien und Konsumgütern. Als grundlegende positive Rechte der Produzenten in einer sozialistischen Gesellschaft jenseits des Privateigentums gelten das Recht auf eine Erwerbsmöglichkeit, den Bezug des Gegenwertes ihrer Arbeit und die Verfügung über diesen. Diese wird teilweise individuell ausgeübt werden und teilweise durch die demo-

kratische Mitbestimmung über gesamtgesellschaftliches Vermögen, das durch Steuererhebung entsteht.

Das Modell der demokratischen Mitbestimmung unterscheidet sich erheblich von der bekannten sozialistischen Praxis wie auch von dem leninistischen Konzept des als Sackgasse bezeichneten demokratischen Zentralismus. Dieser wird vielmehr einer scharfen Kritik als undemokratische Einrichtung unterzogen, die zwangsläufig zu einer Art Oligarchie führe. An die Stelle des Zentralismus setzen Cockshott und Cottrell ein System ohne herausgehobene Politiker und Parlament. Grundsatzentscheidungen für die Wirtschaftsplanung wären plebiszitär zu fällen. Die laufenden Geschäfte wichtiger Institutionen wie Bahn, Post, Wasserversorgung etc., gleichermaßen aber beispielsweise auch der einzelnen Schulen, sollten durch Ausschüsse geführt werden, deren Mitglieder nach dem Zufallsprinzip ermittelt werden. Die Mitarbeit in einem solchen Rat wäre verpflichtend. Zugleich würde ein solches Verfahren der politischen Apathie begegnen.

Die Vorstellungen zur Staatsverwaltung bilden sicherlich den fragwürdigsten Abschnitt des Buchs. Zahlreiche andere sich aufdrängende Fragen werden beantwortet. Verhältnisse zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen Ländern finden Beachtung, desgleichen das vorausichtliche Erfordernis der unterschiedlichen Gewichtung verschiedener Arbeitsformen und die Möglichkeit, Konsumgüter nachfrageorientiert zu höheren bzw. niedrigeren Preisen als dem enthaltenen Arbeitswert anzubieten. Stellenweise

zeigt sich, dass der 1993 geschriebene Text für die deutsche Ausgabe vielleicht hätte aktualisiert werden sollen, so etwa, wenn von „Fernsehern, die mit elektronischen Abstimmungsgeräten ausgestattet sind“ oder „Wahltelefonen“ die Rede ist, oder davon, dass die internationalen Drogenkartelle noch keine großen Angriffe auf die ehemals sozialistischen Staaten gestartet hätten. Doch das sind Nebenaspekte, die dem Wert des Werks keinen Abbruch tun. Cockshott und Cottrell unterbreiten einen soliden Vorschlag zur Gestaltung einer flexiblen arbeitswertbasierten Planwirtschaft. Dabei verharren sie nicht im Theoretisch-Abstrakten, sondern bieten konkrete Umsetzungswege für die Praxis der sozialistischen Gesellschaft.

Carsten Schiefer

Metro und die „Globalisierung“

Conrad Schuhler, Metro Total Global. Die internationale Kapitalstrategie des größten deutschen Einzelhandelskonzerns, isw forschungshefte 3, hrsg. v. isw – institut für sozialökologische wirtschaftsforschung e.V. und Ver.di, München 2005, 66 S., 5 Euro.

Der „Zoten-Slogan“ „Geiz ist geil“, mit dem der Consumer Electronics-Markt Saturn wirbt, ist mittlerweile zum geflügelten Wort geworden. Gemeinsam mit ähnlichen Werbetexten wie „Lass dich nicht verarschen“ – im vergangenen Jahr der Hauptwerbespruch der „Mutter aller Schnäppchen“, Media Markt – ist er Bestandteil jener kostspieligen Werbeoffen-

siven, mit denen Einzelhandelskonzerne auf die Jagd nach Kunden gehen: „Der Handel ist zu einem Geschäft in Dimensionen aufgestiegen, wo im Rahmen einer neoliberalen Wirtschaft nur noch die größten ‚Players‘, die größten Konzerne, mithalten können. [...] Denn die Chancen für die Kleinen stehen schlechter denn je. Größe an sich ist ein entscheidender Faktor für den Lebensmittelhandel wie für den Handel insgesamt.“ (5)

In seiner jüngsten Betriebsstudie untersucht Conrad Schuhler die Rolle, die die Metro Group im Verdrängungswettbewerb auf einem zunehmend globalisierten Konsumgütermarkt spielt: „Metro weist eine breite Palette verschiedener Formate, von Metro ‚Unternehmenslinien‘ genannt, im Einzel- und Großhandel auf. Dazu zählen der Selbstbedienungsgroßhandel ‚Metro/Makro Cash & Carry‘; die Selbstbedienungs-Verbrauchermärkte Real und Extra (die Extra-Märkte wurden 2005 bei Real integriert und danach wurde ein größerer Teil an Rewe verkauft); die Consumer Electronics-Märkte Media Markt und Saturn; die Praktiker-Baumärkte sowie die Warenhäuser von Galeria Kaufhof. [...] Mit den Umsätzen ihrer Linien liegt die Metro Group in Deutschland im Lebensmitteleinzelhandel – dies ist die branchenübliche Bezeichnung, treffender wäre der Begriff Konsumgüterhandel – an der Spitze.“ (8)

Im Mittelpunkt der Studie Schuhlers steht insbesondere die Internationalisierungsstrategie der Metro Group, die nach eigenen Angaben der „internationalste“ Handelskonzern der Welt sei. Schuhler arbeitet in diesem

Zusammenhang heraus, dass diese Bemerkung zwar zutrefte, was die Anzahl der Länder betrifft in denen Metro engagiert ist, dass daraus jedoch nicht abgeleitet werden könne, das deutsche Kerngeschäft verliere an Bedeutung: „Wenn der Motor des Wachstums, wie der Metro-Vorstand sagt, die internationale Expansion ist, dann ist festzustellen, dass das Fundament auf dem alles ruht in Deutschland steht.“ (46) Während die Gewinne, die in Osteuropa gemacht werden, Schuhler zufolge gerade ausreichen, um dortige Neuinvestitionen zu finanzieren, so ist insbesondere der asiatische „Expansionsschwerpunkt“ der Unternehmensgruppe aufgrund seiner Verluste abhängig von Finanzspritzen aus den deutschen und westeuropäischen Standorten. Wenn der Konzern in seiner PR-Arbeit folglich nicht müde werde, das internationale Geschäft „in den höchsten Tönen zu preisen, weil es vom engen deutschen Markt unabhängig mache und sich zur wesentlichen Wachstums- und Gewinnmaschine entwickelt habe“, so sei dies weniger eine zutreffende Beschreibung der Unternehmenssituation als vielmehr selbst Teil der beschäftigungspolitischen Strategie: „Damit sollen auch die Beschäftigten in Deutschland eingeschüchtert werden, die angesichts des angeblich absterbenden Astes, auf dem sie sitzen, sich einverstanden erklären sollen mit Lohnkürzungen und weiterer Verschärfung der Arbeitsbedingungen.“ (47) Der Mythe vom gesättigten Binnenmarkt und dem daraus resultierenden Zwang zur internationalen Expansion im Zeitalter der Globalisierung stellt Schuhler eine genaue

Analyse der politischen Ökonomie des neoliberalen Globalisierungsprozesses gegenüber, die aufzeigt, dass es strategische Entscheidungen und politische Handlungen nicht zuletzt von multinationalen Konzernen wie der Metro Group sind, die diesen Prozess zuallererst konstituieren.

Schuhler konstatiert, dass „erst mehrere Bedingungen zusammen kommen“ mussten, damit der Einzelhandelssektor „mit der Verzögerung von einigen Jahrzehnten, dem Industriesektor auf dem Pfad der Internationalisierung folgte.“ (23) Insgesamt nennt er drei solcher Bedingungen: „1) Die Konzentration im Mutterland musste so weit fortgeschritten sein, dass die führenden Unternehmen a) keine Chance für wesentliches Wachstum im Inland mehr sahen, und b) aber genügend Überschüsse für ausländische Investitionen hatten. 2) Es mussten ausländische Märkte vorhanden sein, deren wachsende Kaufkraft Wachstum und Profite versprach und auf denen man keiner übermächtigen Konkurrenz begegnen würde. 3) Der Zugang zu diesen Märkten musste gegeben sein. Diese Bedingungen ‚stellten sich ein‘ ab Anfang der Neunziger Jahre. Genauer gesagt: Sie wurden im Wesentlichen durch die in und von den Industriestaaten praktizierte Politik hergestellt.“ (23)

Nun gehört es aber, wie Conrad Schuhler ausführlich darstellt, zu den erklärten Zielen des Konzerns, diese Politik aktiv „mitzugestalten“: „Unter Führerschaft verstehen wir auch, die für unseren Geschäftserfolg und den gesamten Handel wesentlichen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen mitzugestalten. Deshalb

betreibt die Metro Group systematische Politikberatung und fördert die Selbstorganisation des Handels in sämtlichen Ländern in denen wir tätig sind.“ (15) Das politische „Engagement“ der Metro Group und ihrer Manager reicht von der Tätigkeit in nationalen Verbänden wie dem Hauptverband des deutschen Einzelhandels (HDE) – innenpolitisch tat sich Metro besonders bei der Bekämpfung und Aufweichung des Ladenschlussgesetzes hervor – bis zur „exklusivsten Lobby-Gruppe des Handels in Brüssel, dem European Retail Round Table (ERRT), wo sich die 14 größten Handelskonzerne Europas zusammengetan haben, [Metro] ist [...] als einziges deutsches Unternehmen vertreten.“ (18) Durch sein Engagement im ERRT hat Metro nicht allein direkten Einfluss auf die Ausgestaltung von EU-Richtlinien, sondern auch auf die globale Wirtschaftspolitik: „Bei WTO-Verhandlungen stellen ERRT und EuroCommerce Mitglieder der offiziellen EU-Delegation und können direkt an der Öffnung der Weltmärkte und ihnen genehmer Marktbedingungen mitwirken.“ (18f.)

Doch auch die betriebsinterne Effizienzberechnung geht auf betriebspolitische Entscheidungen zurück. Seit 1998 – wie der Verfasser hervorhebt – fungiert als „Eckstein der gesamten Strategie von Metro“ das seit Anfang der neunziger Jahre in den USA angewandte Prinzip „Economic Value Added“ (EVA): „Gemeint ist damit die Tatsache, dass jede Investitionsentscheidung daran gemessen wird, ob sie im Ergebnis zu einer höheren Verzinsung führt, als das eingesetzte Kapital am Finanzmarkt erzielen

würde.“ (27) Die Konsequenz eines solchen Effizienzkriteriums ist, dass es nunmehr nicht genügt, profitabel zu wirtschaften, sondern dass die „Profite möglichst weit über den an den internationalen Finanzmärkten erzielten Zinsen liegen“ müssen, wenn Unternehmenslinien und Standorte vor Schließung oder Veräußerung sicher sein sollen (31): „Die EVA-Strategie von Metro ist ein Musterbeispiel für den neoliberalen Turbokapitalismus, der mit der Erzielung seiner Superprofite bei sinkendem Aufwand für seine Löhne und Investitionen Angebot und Nachfrage immer weiter auseinanderreißt, was unweigerlich zu Stagnation und Krise führen muss.“ Denn EVA bedeutet, wie Schuhler herausarbeitet, dass die Steigerung der Profite in erster Linie dadurch gewährleistet wird, dass Personalkosten gesenkt werden: „Einem solch kapitalmarktgetriebenen Unternehmen sind Beschäftigte nur noch Personalaufwand, der wie Materialaufwand und Transportkosten zu behandeln und zu minimieren ist.“ (28f.) Nicht zuletzt mit dieser Politik der Lohndrückerei ist Metro selbst an der Erzeugung jener Konsumflaute beteiligt, die angeblich zur internationalen Expansion zwingt: „Angesichts der Folgen für Beschäftigte, Produzenten und Kunden innerhalb und außerhalb des Landes fragt es sich, ob Multis dieser Größenordnung nicht längst zur Belastung für die Perspektive der Beschäftigten und der allgemeinen volkswirtschaftlichen Entwicklung geworden sind, sowohl im ‚Heimatland‘ wie in den von der internationalen Expansion erfassten Ländern.“ (59)

Im Schlusskapitel der Studie zeigt

Schuhler konkret auf, welche Gegenpolitik von seiten der Beschäftigten nötig wäre, um die Abwärtsspirale aus Angst und Unsicherheit zu beenden. Gerade der Nachweis der Abhängigkeit der Unternehmensgruppe von ihrem deutschen Standort schließlich kann dazu beitragen, das Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins der Beschäftigten zu überwinden: „Die Belegschaften brauchen starke Gewerkschaften, die im tarifpolitischen Kampf nicht untergebugelt werden können, und starke Betriebsräte, die zu keinem Sozialabbau im Betrieb gezwungen werden können.“ (60) In seiner Schlussthese freilich geht Schuhler noch einen entscheidenden Schritt weiter: „Für die internationale Auseinandersetzung gilt: ‚Global denken, lokal handeln.‘ Jedes Stück gewonnener Kraft gegen das neoliberale Kapital im eigenen Land hilft, das Kräfteverhältnis im internationalen Maßstab zu verändern.“ (63)

David Salomon

Deutscher Weg zum Sozialismus?

Anton Ackermann, Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten. Herausgegeben von Frank Schumann. Das Neue Berlin, Berlin 2005, 288 S., 19,90 Euro

Mit Zeugnissen von und über ihn sowie mit Dokumenten veranschaulicht Herausgeber Frank Schumann das Leben und Wirken Anton Ackermanns, einer durch und durch politischen Persönlichkeit der deutschen kommunistischen Arbeiterbewegung, die bei den älteren DDR-

Generationen in widersprüchlicher Erinnerung geblieben und der jüngeren Generation weitgehend unbekannt ist. Man erinnert sich vor allem daran, daß er am Ende des Zweiten Weltkriegs als führender Funktionär der KPD „einen nationalen, einen deutschen Weg zum Sozialismus“ begründete und Jahre später, nun schon als Funktionär der SED, mit Selbstkritik abschwören mußte. Abgesehen davon, daß weder die Benennung seines persönlichen Anteils in dieser Angelegenheit noch die Bewertung dieses strategischen Konzepts in früheren Jahren korrekt waren, wird das darauf eingeschränkte Bild der Rolle Ackermanns, die er politisch spielte, keineswegs gerecht. Somit ist es ein großes Verdienst des Herausgebers, daß er anlässlich des 100. Geburtstages Ackermanns mit authentischem Material und mit seinen Kommentaren dieses Bild korrigiert und dessen Lebensgeschichte sowie dessen gesamtes politisches Lebenswerk rekonstruiert, soweit es dieses Material zuläßt. Es bleiben gewisse kaum zu schließende Lücken offen. Sie sind sowohl dem Charakter Ackermanns und seinen geheimdienstlichen Funktionen wie auch den konspirativen Regeln in der kommunistischen Bewegung geschuldet.

Um zu verdeutlichen, wer Ackermann war und welche vielseitige Rolle er spielte, lohnt es sich, ausführlich seinen Lebenslauf darzustellen. Geboren wurde er 1905 in Thalheim im Erzgebirge als Eugen Hanisch in einer Arbeiterfamilie. Als Arbeiter in der Strumpfindustrie schloß er sich 1919 der Freien Sozialistischen Jugend, 1920 dem Kommunistischen Jugend-

verband Deutschlands an. Nach Eintritt in die KPD 1927 begann seine Entwicklung als Parteifunktionär. Autodidaktisch war er bestrebt, sich ein breites Wissen anzueignen, das ihm seine achtklassige Schulbildung nicht vermitteln konnte. Die KPD delegierte ihn 1928 an die Lenin-Schule der Komintern nach Moskau, wo er bis 1933 als Schüler und sodann als Dozent tätig war. Zugleich war er in dieser Zeit nacheinander Persönlicher Referent von Fritz Heckert und Wilhelm Pieck, die in Moskau Mitglieder des Exekutivkomitees der Komintern waren. Von 1933 bis 1935 lebte er illegal als Leiter der Berliner KP-Organisation im faschistischen Deutschland. Ackermann nahm 1935 in Moskau an dem berühmten VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale teil. Auf der sogenannten Brüsseler Konferenz der KPD wurde er in das Zentralkomitee und zum Kandidaten des Politbüros gewählt. In dieser Funktion erfüllte er Aufträge in den Organisationen der kommunistischen Emigranten in Prag, Paris und in Spanien. In Moskau gehörte er 1943 zu den Gründungsmitgliedern des Nationalkomitees Freies Deutschland. Noch vor der Befreiung Deutschlands stellte er in Moskau Überlegungen zu einem deutschen Weg zum Sozialismus an und entwarf den von der KPD nach Abstimmung mit der sowjetischen und der Komintern-Führung am 11. Juni 1945 veröffentlichten Aufruf der Partei, der die Orientierung für die politische Gestaltung Nachkriegsdeutschlands enthielt. Im Zuge der Befreiung Deutschlands leitete Ackermann eine der beiden Initiativ-Gruppen der Partei mit dem Einsatz-

gebiet Sachsen. Zusammen mit Pieck und Ulbricht gehörte er zum Provisorischen Sekretariat des ZK der KPD. Im Vorfeld der Vereinigung von KPD und SPD im Osten des Landes, an der er aktiv beteiligt war, publizierte er im Februar 1946 in der „Einheit“ den zunächst richtungsweisenden und dann 1948 verurteilten Beitrag mit dem Titel „Gibt es einen deutschen Weg zum Sozialismus?“ Eine Frage, die er bejahte. 1949 wurde Ackermann Staatssekretär im neugebildeten Außenministerium der DDR. In dieser Funktion übernahm er 1951 die Aufgabe, einen Auslandsnachrichtendienst der DDR aufzubauen. Auf diesem Gebiet hatte er offenbar in seinen Parteifunktionen bereits gewisse Erfahrungen sammeln können. Seine prominente Stellung in der Parteihierarchie und seine Verdienste waren kein Hinderungsgrund, daß er in Ungnade fiel und 1953 im Gefolge innerparteilicher Auseinandersetzungen aus allen seinen politischen Ämtern entfernt wurde. Ein Jahr später erhielt er sogar wegen angeblicher Fraktionstätigkeit eine Parteistrafe. Dennoch war es nicht das Ende seiner politischen Tätigkeit; er konnte sie auf einer niederen Ebene – im Staatsapparat – fortsetzen. So wurde er mit der Leitung der Hauptverwaltung Film im Kulturministerium der DDR beauftragt; und 1958 wurde er zunächst Abteilungsleiter und zwei Jahre später Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR. 1962 folgte die Invalidisierung. Am 4. Mai 1973 nahm er sich, schwer krebserkrankt, das Leben.

Herausgeber Frank Schumann hat zahlreiche Ackermann betreffende

Dokumente aus dem Parteiarchiv ausgewertet und zum Teil in das Buch aufgenommen, die beitragen, bisher nicht oder wenig bekannte Vorgänge und Zusammenhänge in der Geschichte von KPD, SED und DDR aufzuhellen. In allen diesen Zeugnissen zeigt sich, daß sich Ackermann stets bedingungslos den Entscheidungen der Parteiinstanzen unterwarf, daß er zwar auch gelegentlich in Wahrnehmung seiner Verantwortung und in Erfüllung der ihm gestellten Aufträge Kritik am Zustand der Parteiarbeit übte, aber nur wenn er meinte, dies sei zum Nutzen der Partei. Davon zeugen seine Einschätzungen der illegalen Arbeit in Deutschland und in Frankreich vor 1945, der Politik der Partei zwischen der Brüsseler und der Berner Konferenz sowie nach der Berner Konferenz in den 30er Jahren, seine Überlegungen zur Kulturpolitik in der DDR, zu den Aufgaben von Agitation und Medien, zur Hochschulreform, zu den Grundsätzen der Außenpolitik der DDR usw.

Da sich mit Ackermanns Namen das Konzept eines deutschen Weges zum Sozialismus verbindet, ist es verständlich, daß der Herausgeber diesem Thema besondere Aufmerksamkeit widmet. Hieran zeigt sich zum einen eine verdienstvolle Denkleistung Ackermanns zur Bestimmung der Strategie der Partei nach dem Zweiten Weltkrieg und zum anderen die Praxis, wie man jemanden in der Partei zum Sündenbock für angebliche Fehler (der Partei!) bestimmte und ihn einer demütigenden Prozedur aussetzte.

Bekannt dürfte sein, daß die meisten kommunistischen Parteien der Län-

der, denen sich nach dem Kriege ein Weg zum Sozialismus über Zwischenetappen eröffnete, mit Billigung oder gar auf Empfehlung der KPdSU-Führung, namentlich Stalins, auf national spezifische Entwicklungen orientierten. Die entsprechende Orientierung und strategische Konzeption der KPD dafür auszuarbeiten oblag Ackermann. In Übereinstimmung mit dem Aufruf der Partei vom 11. Juni 1945, also ganz auf der Grundlage der beschlossenen Parteilinie, begründete er dies ausführlich in dem erwähnten Beitrag in der ersten Nummer der Zeitschrift „Einheit“ im Februar 1946. Sodann hat er dieses Thema wiederholt aufgegriffen, so zum Beispiel auf dem 15. Parteitag der KPD am 19. April 1946, auf der 6. Tagung des Parteivorstandes der SED im Oktober 1946, auf einer Arbeitstagung für Schulungs- und Bildungsarbeit der Partei im März 1947 und bei anderen Anlässen, stets im Konsens mit der offiziellen Parteilinie. Alle diese Beiträge werden im vorliegenden Buch abgedruckt. Eingang hatte dieses Konzept auch in die „Grundsätze und Ziele“, also in das erste Parteiprogramm der neu gebildeten SED gefunden. Wesentliche Positionen bestanden darin, daß die unter spezifischen Bedingungen in Rußland gemachten sowjetischen Erfahrungen nicht zu wiederholen bzw. zu kopieren wären und daß die zu erkämpfenden neuen Machtverhältnisse demokratisch sein könnten, also keine Diktatur des Proletariats sein müßten.

Angemerkt sei, daß, obwohl auch von *Theorie* des deutschen Weges zum Sozialismus die Rede war, dieser Weg mehr politisch, mit der Ana-

lyse der konkreten Bedingungen im besiegten und besetzten Deutschland, als theoretisch begründet wurde. Ackermann hatte selbst in seinem Beitrag in der „Einheit“ betont, daß „die Frage nach einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus (...) weniger eine theoretische Frage als die der praktischen Politik“ sei.

In diesem Beitrag ging es darum, „auf welchem Boden und mit welchem Programm soll die Vereinigung /von KPD und SPD/ erfolgen“. Die zu beantwortende Frage nach einer sozialistischen Perspektive lautete dabei: „Kann die Arbeiterklasse auf dem demokratisch-parlamentarischen Weg oder nur auf dem Wege revolutionärer Gewaltanwendung in den Besitz der ganzen politischen Macht kommen?“ Ackermann verweist in seiner Antwort, um sich abzusichern, auf Marx, Engels und Lenin und schreibt: „Welcher Weg beschritten wird, welche Kampfmittel in Anwendung gebracht werden müssen, das hängt ja nicht nur von der einen Partei der miteinander Kämpfenden ab. (...) Ein Übergang ist auf relativ friedlichem Weg möglich, wenn die Klasse der Bourgeoisie durch besondere Umstände nicht über den militäristischen und bürokratischen staatlichen Gewaltapparat verfügt, der es ihr sonst möglich macht, den Herrschaftsanspruch des Proletariats mit dem Bürgerkrieg und der terroristischen Niederwerfung der proletarisch-sozialistischen Bewegung zu beantworten. (...) Entwickelt sich der neue demokratische Staat als ein neues Gewaltinstrument in den Händen der reaktionären Kräfte, so ist der friedliche Übergang zur sozialistischen Umgestaltung unmöglich.“

Entwickelt sich aber die antifaschistisch-demokratische Republik als ein Staat aller Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse, so ist der friedliche Weg zum Sozialismus durchaus möglich, insofern dann die Gewaltanwendung gegen den (übrigens vollkommen legalen, vollkommen gesetzmäßigen) Anspruch der Arbeiterklasse auf die ganze Macht ausgeschlossen ist (...)

Für die Annahme des friedlichen Weges nennt er positive Momente. Zu ihnen zählt er vor allem die Einheit der Arbeiterparteien und der antifaschistischen Kräfte, die Tatsache, „daß in großen Teilen Deutschlands die Entnazifizierung des Verwaltungsapparates konsequent durchgeführt wird und neue Kräfte, Kräfte aus dem schaffenden Volk, entscheidende Positionen innehaben“. Günstigen Einfluß hätten auch die demokratische Bodenreform, die Zerschlagung der Trusts, Konzerne und Banksyndikate, „weil damit den reaktionärsten und imperialistischsten Kräften die ökonomische Basis entzogen ist“. Allerdings nennt er auch negative Momente, die diesen hoffnungsvollen Aussichten entgegenstehen, wie zum Beispiel die unzureichende Erneuerung des Verwaltungsapparates, das Weiterbestehen von Teilen der kapitalistischen Wirtschaft.

Im Jahre 1948 kam es mit der Verschärfung des Kalten Krieges zum Kurswechsel. Die Stalinsche KPdSU sah in den nationalen Wegen eine Gefahr, daß die unter ihrer Kontrolle stehenden Länder neutrale Positionen beziehen und möglicherweise ins gegnerische Lager abdriften könnten. Jugoslawien, das sich der Unterordnung unter die KPdSU entzog und

auf Gleichberechtigung beharrte, galt als gefährliches Beispiel, so daß man in Moskau dazu überging, die Parteien der anderen Länder zu disziplinieren und gleichzuschalten. Im September 1948 fand eine Tagung des Parteivorstandes der SED zum Thema „Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED“ statt. Nach dem Referat von Ulbricht mußte Ackermann selbstkritisch das Konzept des deutschen Weges zum Sozialismus verurteilen. Zwar verwies er darauf, daß er seinen Artikel in der „Einheit“ im Auftrage des ZK der KPD verfaßt hatte, doch übernahm er die Verantwortung „für die Art und Weise“ der Darlegungen. Es habe sich um Unklarheiten und Verwirrungen, um einen gefährlichen Krankheitsherd in der Partei gehandelt.

„Diese These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, so Ackermann, „war ein Zurückweichen vor den antisowjetischen Stimmungen, vor der antisowjetischen Hetze, ein Zurückweichen im Sinne der Abgrenzung von dem Weg der bolschewistischen Partei. Das war durchaus nicht gewollt (...) Erfolg und Sieg der Arbeiterklasse sind nur möglich, wenn sich die Arbeiterpartei aller Länder nach dem Beispiel der bolschewistischen Partei der Sowjetunion orientieren, ihre Erfahrungen übernehmen und sich engstens an die Völker der Sowjetunion anlehnen (...)“

Ackermann handelte als „Parteisoldat“ entsprechend den Normen, die in der Partei herrschten und die er

widerstandslos anerkannte, auch wenn er anderer Meinung war. Aus Zeugnissen seiner letzten Lebensjahre wird jedoch ersichtlich, daß er „privat“ an seinen früheren Überzeugungen festhielt und bestimmte Erscheinungen kritisch betrachtete. Als ihm 1964-65 aus einem Beitrag über seinen politischen Werdegang wesentliche Aussagen gestrichen worden waren, notierte er: „Man hat ja gelernt, schon von Machiavelli, und die neueren psychologischen und soziologischen Studien sind auch nicht von Pappe. Der Einzelne ist schwach gegen einen gut parierenden und funktionierenden zentralistischen Apparat. Dagegen hilft keine moralisch-politische Überlegenheit. Und offen kämpfen, die Ursachen der ‚Methode‘ angreifen, das heißt Liquidation, so oder so, früher oder später und ohne Nutzen für die Sache.“ Als Sache galt die Parteiräson.

Im Februar 1972 hatte sich Ackermann hoffnungs- und vertrauensvoll an Ulbrichts Nachfolger Honecker gewandt, um für ihn eine vertrauliche Ausarbeitung zur Lage und zu seinen Erfahrungen anzufertigen. Honecker empfing ihn zu einem nur kurzen Gespräch, ging dabei weder auf dessen Vorschlag ein noch auf bestehende Probleme in der DDR. Nichts würde ihn jedoch hindern, so Honecker, seine Auffassungen zu publizieren. Doch als Ackermann meinte, er könne zum Thema „Marx, Engels und Lenin über Sozialismus und die bisher gemachten Erfahrungen“ schreiben, erklärt ihm Honecker, daß ihm ein solches Thema nicht zustehe. Zuhause soll Ackermann seiner Frau offenbart haben: „Wenn der so weiter macht, haben wir den Kapita-

lismus schneller, als wir es uns vorstellen können.“

Frank Schumann hat für dieses Buch auch einige frühere Mitstreiter und Bekannte Ackermanns interviewt. Sie kannten und schätzten ihn als einen theoretisch sehr gebildeten und kulturell interessierten Kommunisten.

Um das Buch rechtzeitig zum 100. Geburtstag Anton Ackermanns erscheinen zu lassen, war Eile geboten, so daß manches offen und ungeprüft bleiben mußte. Nach Auskunft des Verlags wird deshalb die Arbeit an dem Projekt Ackermann fortgeführt werden.

Harald Neubert

Bilanz der Bodenreform in Ostdeutschland 1945

Hans Modrow/Hans Watzek (Hrsg.), Junkerland in Bauernhand. Die deutsche Bodenreform und ihre Folgen, Verlag Edition Ost, Berlin 2005, 256 S., 14,90 Euro

Die Lösung der Agrarfrage nach 1945 in Ostdeutschland war die erste große Nachkriegsreform und bleibt auch heute ein markantes Ereignis für die Beurteilung der damaligen politischen Entwicklung in Deutschland. Dies wird im vorliegenden Sammelband und in analogen Darstellungen der Geschichtswissenschaft widergespiegelt. Die Bodenreform galt in der DDR als die wohl größte revolutionäre Bewegung auf dem Lande seit der Zeit des großen deutschen Bauernkrieges von 1525. An dieser Einschätzung sind auch heute keine wesentlichen Abstriche zu machen.

Der Band umfasst 23 Beiträge von

Politikern und Wissenschaftlern, von Aktivisten und Betroffenen. Ein großer Gewinn der Publikation besteht darin, dass zum einen viele Autoren frühere Zeitzeugen, Akteure, Sieger oder auch Verlierer dieser großen Agrarumwälzung waren und zum anderen ausgewiesene Historiker dieses Ereignis wissenschaftlich analysieren. Zur ersten Gruppe gehören vor allem Hans Modrow, Hans Watzek, Lothar de Maizière, Bruno Kiesler, Bernhard Quandt, zum anderen die Historiker Rolf Badstübner, Joachim Mai, Siegfried Kuntsche u.a. Es gibt hier aber auch konträre Einschätzungen, z.B. vom Freiherrn von Heeremann, der diese Vorgänge als „schreiendes Unrecht“ bezeichnet.

Überzeugend ist der umfangreiche Beitrag von Hans Watzek, dem DDR-Landwirtschaftsminister der Jahre 1989/90, der eine solide Einschätzung über die wirtschaftliche, politische und juristische Entwicklung der Landwirtschaft in Ostdeutschland von der Bodenreform 1945 bis zur skandalösen juristischen Enteignung von Bodengrundstücken im Sommer 2005 gibt. Er macht deutlich, dass die Bodenreform in Übereinstimmung mit den Siegermächten ein wichtiger Beitrag zur Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung und auch Dekartellisierung Deutschlands war, eine Maßnahme von „oben“ und „unten“, die ein Drittel der land- und forstwirtschaftlichen Fläche im Osten einbezog, so dass über 210.000 Neubauernstellen geschaffen werden konnten (20 f.). Hinsichtlich der Bestrebungen der Alteigentümer nach 1990, die Ergebnisse der Bodenreform von 1945 als ungültig zu erklären, wurde vom Autor auf die Tatsa-

che verwiesen, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Juni 2005 die damalige Entscheidung, Junkerland in Bauernhand zu geben, für rechtens befand (43; sh. auch Weigelt, 151ff.).

Auch andere Autoren begründen, dass viele Junker und Großgrundbesitzer bis 1945 eine systemtragende Schicht des Naziregimes und der Kriegführung waren, so dass die Bodenreform in Ostdeutschland eine der elementaren Maßnahmen zur antifaschistischen Vergangenheitsbewältigung darstellte und wegen der allseits großen Not diese grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Reformen dringend notwendig waren.

Sehr informativ und beeindruckend ist der umfangreiche Beitrag von Frank Schumann über Edwin Hoernle (1883-1952), der in der Weimarer Republik der kündigungste Agrarpolitiker der KPD war, während der sowjetischen Emigration im Moskauer Internationalen Agrarinstitut sowie im dortigen Weltwirtschaftsinstitut arbeitete und nach 1945 maßgeblich an der Durchsetzung der demokratischen Bodenreform mitwirkte. Es bleibt ein Desiderat, so der Autor, über Edwin Hoernle eine seriöse Biographie zu schreiben.

Das Wirken der sowjetischen Militärverwaltung und ihre Zusammenarbeit mit deutschen Antifaschisten bei der Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern 1945/46 analysiert Joachim Mai. Er macht hier u.a. deutlich, dass ein z.T. noch immer unbefriedigender Forschungsstand auch auf beschränkte Möglichkeiten zurückzu-

führen ist, Dokumente und Materialien aus Archiven der sowjetischen Besatzungsmacht heranzuziehen. Sie würden klären helfen, welche Rolle die „Übertragung stalinistischer Methoden“ während der Bodenreform spielte (135). Dieser Gedanke ist auch ein Gegenstand im Beitrag von Rolf Badstübner, der hinsichtlich Stalinscher Politik ebenfalls auf das „Wie“ der Bodenreform, auf ungenügende Vorbereitung, auf unnötige Härten und überstürzte Aktionen verweist (88).

In weiteren befassen sich u.a. Georg Moll und Bernhard Quandt mit der Landnot der Bauern, mit der Rolle der Rittergüter – sie umfassten Ende des 19. Jh. in Mecklenburg fast 88 Prozent des Bodens –, mit dem „Bauernlegen“ und mit Reformansätzen im 19. und 20. Jh. Daran kann Siegfried Kuntsche in seinem umfangreichen und gut belegtem Aufsatz über die Bodenreform „in einem Kernland des Großgrundbesitzes“, eben in Mecklenburg, als dem damals ärmsten Land, anknüpfen. Hier wurden mit der Bodenreform 2.199 Güter enteignet – kirchliches Bodeneigentum blieb unangetastet –, so dass über 77.000 Neubauernstellen mit durchschnittlich 9,5 Hektar für über 135.000 Familienangehörige eingerichtet werden konnten (106). Der Autor macht deutlich, dass dieser Prozess bei aller Grundübereinstimmung nicht ohne Auseinandersetzungen zwischen den demokratischen Parteien verlief, nicht zuletzt durch Druck der KPD bzw. SED und der sowjetischen Besatzungsmacht, zumal ihnen dies im ärmeren Mecklenburg leichter und notwendiger erschien als in den mehr industrialisierten Gebieten (114 ff.)

Auch andere Beiträge des Bandes,

z.B. über Bodenreformwald und über die Agrarfrage in Lateinamerika, bieten eine Fülle bemerkenswerter Sachverhalte und eine solide Beweisführung für die historische und politische Notwendigkeit, solche demokratischen Umwälzungen durchzuführen. Hatte die Bodenreform 1945/46 ihre besondere Bedeutung darin, einen Teil der sozialökonomischen Wurzeln des bis dahin besonders aggressiv-kriegerischen Deutschlands zu zerschlagen, so spielten und spielen heute ähnliche Reformen in vielen Ländern auch für andere Wirtschaftszweige und für die Gestaltung demokratischer Gesellschaften eine wichtige Rolle.

Claus Remer

Alltag in der neoliberalen BRD

Franz Schultheis, Kristina Schulz (Hrg.), Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag. UVK, Konstanz 2005, 591 S., 29 Euro

Das Vorbild für diese Studie ist eine Untersuchung, die in deutscher Übersetzung 1997 unter dem Titel „Das Elend der Welt“ von Pierre Bourdieu et al. herausgegeben wurde. Der gemeinsame Ansatz besteht im Kern darin, Menschen in den verschiedensten sozialen Lagen zu ihren alltäglichen Erfahrungen und Problemen zu befragen. Die so gewonnenen Interviewdaten werden dokumentiert und – vor dem Hintergrund des Wissens um die soziale Lage der Betroffenen – analysiert. Auf diese Weise entsteht einerseits ein Panorama der gesellschaftlichen Verhältnisse, andererseits

wird der jeweilige Zusammenhang zwischen objektiven Lebensbedingungen und subjektiven Sichtweisen beleuchtet.

Die Forschenden wenden sich an die Interviewten mit der Frage, was sich für sie in den letzten 15 Jahren verändert habe. Zu Wort kommen Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Lohnabhängige und Erwerbslose in Ostdeutschland, Kleinunternehmer, Schüler, Lehrer und Studierende, Kulturschaffende und schließlich, anders als im „Elend der Welt“, Angehörige so genannter Randgruppen: Strafgefangene, Asylsuchende, Illegalisierte, Behinderte. Insbesondere achten die Interviewer darauf, wie sich die Befragten gegen Abwertungen wehren oder wie sie selbst andere abwerten und darauf, worüber nicht oder nur beschönigend gesprochen wird. Manche der individuellen Lebenswege sind eng mit strukturellen Umbrüchen verbunden, wie z.B. im Falle der Landwirte, die ihren Hof nur unter sehr großen Schwierigkeiten fortführen können, oder des jungen Mannes, der einer Bergarbeiterfamilie entstammt und der, mit einem Sonderschulabschluss versehen, beim Wachschatz arbeitet.

Über Politik im eigentlichen Sinn sprechen die Befragten nur selten. Eine polnische Arbeiterin gibt ihrem Wunsch nach einer Vereinbarkeit der sozialen Sicherheit des Sozialismus mit den jetzigen politischen Freiheiten Ausdruck. Ein ostdeutscher Arbeiter resümiert, der Sozialismus habe auf „Beschiss“ beruht, insofern Gratifikationen politische Opportunität vorausgesetzt und Funktionäre ihre Stellung zum persönlichen Vorteil genutzt hätten; gleichzeitig verurteilt er den

Anschluss der DDR als Fehler, weil dadurch die sozialen Sicherungen weggebrochen seien.

Obwohl Michael Vester in seinem Einleitungsbeitrag die Kahlschlagspolitik der SPD-Grünen-Regierung nachzeichnet, entsteht doch insgesamt der Eindruck, als befänden sich die Befragten im Kampf mit nur unpersönlichen Mächten. Das Agieren der herrschenden Klassen wird kaum thematisiert. Lediglich ein Arbeitsschutzexperte und Gewerkschaftsaktivist berichtet am Beispiel der Großbaustelle am Berliner Potsdamer Platz direkt über die Praxis des Kapitals – über kriminelle Anwerbemethoden im Ausland, Schleifung der Mindestlöhne, entwürdigende Arbeits- und Lebensbedingungen und über die Strategien des Staates, die Bestimmungen des Arbeitsschutzes auszuhebeln.

Bedauerlich ist, dass die Forschenden nicht versucht haben, Befragte mit ihren Analysen zu konfrontieren und ihnen damit die Gelegenheit zu geben, Stellung zu nehmen. Manche Analysen weisen deutliche Schwächen auf. Mehr als einmal finden sich z.B. Aussagen, auf die sich eine Analyse stützt, nicht im dokumentierten Interview wieder. Ärgerlich ist, dass in einem Fall Interviewerin und Interviewte dieselben Vorurteile zu pflegen scheinen. Margareta Steinrücke affirmiert das Klischee, demzufolge Einzelkinder nicht teilen können; die befragte Lehrerin stimmt zu und klagt unvermittelt, „viele“ Eltern könnten nicht Nein sagen. Beide lamentieren über die angeblichen Fehler der 68er-Pädagogik und darüber, dass die Freiheit irgendwo aufhöre, dass man Grenzen setzen müsse usw. Die Lehrerin behauptet, Kinder müssten in ei-

nem Klassenverband zufrieden sein können, auch „wenn sie nicht die Markenklamotten“ besäßen; als vorbildliches Gegenbeispiel nennt sie ihren Sohn, der „Understatement“ pflege. Diese Äußerungen hätten analysiert werden können mittels der Theorie über den Zusammenhang zwischen Klassenlage und kulturellen Praktiken, die Bourdieu in seinem Buch „Die feinen Unterschiede“ entwickelt hat. Stattdessen redet Steinrück lediglich einer Pädagogik „mit klaren Vorgaben, Aufgaben, Übungen und einer kontrollierten Rückmeldung“ (357) das Wort. Diese könnte zwar, wie die Autorin offenbar meint, Kindern aus sogenannten bildungsfernen Schichten gute Benotungen einbringen, letztlich reproduziert sie aber nur deren subalternen Status.

Ein anderes Beispiel für ein eher problematisches Interview liefert Elisabeth Timm. Zwar ist anzuerkennen, dass sie sich nicht gescheut hat, einen Mann mit Sprachbehinderung zu befragen; aber das Interview ist das kürzeste im Buch, umfasst nur knapp eine Seite und enthält zur Hälfte Sachinformationen, die eher in den vorgegeschalteten Fließtext gehört hätten. Wo die Methode des verbalen Interviews ein Hindernis darstellt, hätten andere Wege gefunden werden müssen.

Ungeachtet dieser Probleme sind die Interviews die Stärke des vorliegenden Bandes. Sie machen auch mit solchen Lebenslagen bekannt, die man nicht oder nur aus allgemeineren Analysen kennt. Engagierte Sozialwissenschaft und politischer Aktivismus werden damit an die Verschiedenheit ihrer Adressaten erinnert.

Michael Zander